

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1913

177 (1.8.1913) Erstes Blatt

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Insgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementpreis: Zugestellt monatl. 75 s, vierteljährl. 2,25 M; abgeholt monatl. 85 s; am Posthalter 2,10 M, durch den Briefträger 2,52 M vierteljährlich.

Geschäftskunden: 7 bis abends 1/7 Uhr. Postfachkonto Nr. 2650. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11 Zeile, oder deren Raum 20 s. Lokalinserte billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/9 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gess & Cie., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Der Krupp-skandal.

Die sieben Militärbeamten, die mit dem Berliner Vertreter der Firma Krupp, wie die nationalliberale Verschleierungspresse so hübsch sagt, einen „unerlaubten Meinungsaustausch“ gepflogen haben, stehen in diesen Tagen vor den Schranken des Berliner Kommandantengerichts. Man wird den Ausgang des Prozesses, der die größte Beachtung in Deutschland und im Auslande findet, abwarten müssen, ehe man ein endgültiges Urteil über die Art und das Maß des Verschuldens der Angeklagten fällen kann. Aber so viel zum mindesten steht schon heute fest, daß zwischen Militärbehörden und einem privatkapitalistischen Unternehmen, das Rüstungsmaterialien nicht nur für die deutsche Armee und die deutsche Marine liefert, sondern für jeden, der entsprechend bezahlt, bedenklide und weder unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit des Staates, noch mit Rücksicht auf das Geld der Steuerzahler zu rechtfertigende Beziehungen bestehen haben. Die Erläuterung der „Kornwalzen“, deren Zahl in die Tausende geht, ist nicht zu leugnen und selbst die kruppfreundlichen Organe wagen heute die Auslieferung der Berichte an das Kruppische Bureau nicht mehr als eine harmlose Angelegenheit hinzustellen.

Es wird hier und da behauptet, die sieben Ertrappten hätten sich des Landesverrats schuldig gemacht. Das ist nicht ganz richtig, und wir müssen genau sein. Unter Landesverrat versteht man juristisch die direkte Unterstützung einer auswärtigen Macht zum Nachteil des Deutschen Reiches. (§§ 87 ff. des Strafgesetzbuches.) Im vorliegenden Fall handelt es sich um Verstöße wider das Gesetz gegen den Verrat militärischer Geheimnisse. Danach wird mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft, wer vorzüglich Schriften, Zeichnungen oder andere Gegenstände, deren Geheimhaltung im Interesse der Landesverteidigung erforderlich ist, in den Besitz oder zur Kenntnis eines anderen gelangen läßt, wenn er weiß, daß dadurch die Sicherheit des Deutschen Reiches gefährdet wird. Wer ohne dieses Vorwissen vorzüglich und gegenwärtig Gegenstände der bezeichneten Art in den Besitz oder zur Kenntnis eines anderen gelangen läßt, wird mit Gefängnis oder mit Festungshaft bis zu fünf Jahren bestraft. Diesen Tatbestand nimmt die Anklage an, und wird er, wie das nach dem, was man bisher weiß, nicht unwahrscheinlich ist, durch die Verhandlung erwiesen, so fragt es sich nur noch, in welchem Umfange das Gericht den Angeklagten mildere Umstände zubilligt.

Wir untererseits haben durchaus nicht den Wunsch, daß diese kleinen Militärbeamten auf möglichst lange Zeit hinter die schwebenden Gardinen kommen. Wir hoffen im Gegenteil, daß man mit ihnen süberlich und milde verfährt, denn sie sind nach unserer Meinung nicht die Hauptschuldigen, und unser Interesse an dem ganzen Prozeß besteht in erster Linie darin, daß er eine Aufklärung über die Art und Weise bringen soll, wie sich das Essener Unternehmen Mittelteilungen über Dinge verschafft, deren Kenntnis im übrigen nur einem kleinen Kreise durch ihr Amt zur Verschwiegenheit verpflichteter Personen vorbehalten ist. Es ist uns ungewiß, ob die Zeugnisse des Zeugen Zeiglers ein volles Verständnis für die Tragweite ihres Tuns befehlen haben. Bei dem intimen Verhältnis, das zwischen den höchsten Reichsbehörden und der Firma Krupp besteht, haben sie am Ende in dem Handel überhaupt nichts Bedenkliches, und es läßt sich wohl annehmen, daß sie für ihre „Gefälligkeiten“ mehr verlangt hätten als ein Theaterbillet für die Frau Gemahlin, wenn sie ihr Treiben selbst für verbrecherisch gehalten hätten.

Du lieber Himmel, der oberste Kriegsherr steht mit dem Hause Krupp auf vertrautem Fuße, die Firma hat ein Monopol in Rüstungslieferungen für das deutsche Meer. Was kann denn dabei sein, wenn man ihrem Angestellten Denkschriften und Zeichnungen übermittelt? Das bleibt doch alles gewissermaßen in der Familie. Und man tut schließlich nur dem liebenswürdigen und spendierfreudigen Beamten einen Gefallen. Der wird seines Eifers wegen, der ihn dies oder das einmal früher erfahren ließ, als es sonst nach Essen gedrungen wäre, das Lob seines Chefs ernten. Sie werden vielleicht ehlich überrascht gewesen sein, die Herren in Uniform, als man sie eines guten Tages verhaftete und sie des Verrats militärischer Geheimnisse zick.

Etwas anders sieht es schon mit dem Vertreter der Firma aus, denn er wußte eher, was los war, auch wenn er nicht den ausdrücklichen Auftrag erhalten hatte, sich in den Besitz militärischer Geheimnisse zu bringen. Aber auch für diesen Herrn Brand kann es mildere Umstände geben, denn er war nur das Werkzeug in der Hand seiner Arbeitgeber. Wenn die den „Meinungsaustausch“ verantworten können, warum sollte er sich dann Strupel machen?

Unverständlich und unerhört ist es, daß neben Brand nicht die Direktoren des Unternehmens zur Verantwortung gezogen werden, dem der Verrat zugute gekommen ist. Das Gesetz gegen den Verrat militärischer Geheimnisse bedroht den mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren, der sich vorzüglich Besitz oder Kenntnisse von Gegenständen, deren Geheimhaltung im Interesse der Landesverteidigung geboten ist, verschafft, um davon zu einer die Sicherheit des Deutschen Reiches gefährdenden Mitteilung an andere Gebrauch zu machen, und es droht eine Gefängnisstrafe bis zu drei Jahren oder Festungshaft von gleicher Dauer an, wenn diese landesverräterische Absicht nicht vorliegt.

Unter Deduzieren und mit Anwendung von besonderen Vorichtsmaßregeln sind die „Kornwalzen“ nach Essen befördert worden. Man hat sie dort an die Stellen verteilt, die der jeweils behandelte Gegenstand interessierte, und nun wird so getan, als hätten die Empfänger keine Ahnung von der Herkunft des Materials befehlen. Es fehlt nicht viel, daß man uns versichert, die Herren an der Ruhr hätten angenommen, die Dokumente stammten aus der vierten Dimension, sie seien ein Geschenk des einer Mordinstrumente produzierenden Fabrik besonders wohlgefinnten Himmels. Aber wir können uns nun einmal nicht entschließen, die Leiter der Rationensfirma bei all ihrer selbstverständlichen Frömmigkeit für so wundergläubig zu halten. Sie haben gewußt, woher die für sie wertvollen Berichte stammten, und wenn einer von ihnen gelegentlich an Herrn Brand die Frage gerichtet hat, ob er denn etwas Unerlaubtes tue, so war das eine von den Fragen, auf die man eine Antwort nicht nur nicht erwartet, sondern um alles in der Welt nicht haben will. In einem der Interpiens, mit denen der Direktor Engenberg unmittelbar nach den Liebesheftigen Enthüllungen so freigebig war, hat er das schöne Wort gesprochen: „Informants ist, solange es noch Privatbetriebe gibt, das Lebenselement von Handel und Gewerbe!“ Es wurde nicht gesagt, aber es klang deutlich genug hervor: Woher die Informationen kommen und auf welchem Wege sie erlangt werden, muß dem Privatbetrieb gleichgültig sein. „Nach Geld, mein Sohn!“ vermahnt der Panke seinen Sproßling, „wenn es möglich ist, ehrlieh, aber nach Geld!“

Der Verdacht auf eine Ausdehnung des Verhältnisses auf die Essener Leitung wird aber auch dem unbedingten bleiben, wenn das Gericht sich auf den Standpunkt stellen sollte, daß ein Verrat militärischer Geheimnisse deshalb nicht vorliegt, weil die übergebenen Aktenstücke keine Gegenstände betroffen hätten, deren Geheimhaltung im Interesse der Landesverteidigung erforderlich ist. Zu welcher Auffassung das Gericht kommt, ist gleichgültig, wenn die Anklagebehörde die Feuerwerker des Verrats für schuldig hielt, dann mußte nicht nur der Herr Brand, sondern auch die mit den Dingen befaßte Direktion unter denselben Verdacht fallen.

Im übrigen kann in der Tat damit gerechnet werden, daß die Sache den erwähnten Verlauf nimmt. Was ein militärisches Geheimnis ist, steht ja nicht absolut fest. Der Begriff läßt sich engherziger und weiterherziger definieren. Anders beispielsweise, wenn es sich um Aufklärungen für die Volksvertreter handelt und anders, wenn Mitteilungen an die Firma Krupp in Betracht kommen. Wenn die Militärbeamten die Akten an einen ausländischen Agenten verkauft hätten, möchten wir nicht in ihrer Haut stehen. Jetzt nimmt man am Ende nur militärischen Angehörigen an, und sie kommen mit einem blauen Auge davon. Die öffentliche Meinung wird dagegen wenig ausrichten können. Man wird ihr auseinanderlegen, daß das Kriegsministerium doch wissen müsse, was ein militärisches Geheimnis sei. Aber sie wird sich ihre eigenen Gedanken machen, und um ähnlichen Zweifeln für die Zukunft vorzubeugen, mit erneuter Schärfe die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie fordern. Die öffentliche Meinung — d. h. insofern sie nicht ebenfalls durch eine Abart des Kornwalzen-Systems beeinflusst wird.

Der fluch des Kornzolls.

Die steigenden Güter- und Nachtpreise machen selbst den Agrariern Sorge. Das amtliche Organ der Landwirtschaftskammer für die Provinz Hannover, das schon mehrfach auf diese bedrohliche Erscheinung aufmerksam gemacht hat, teilt neuerdings folgende Beispiele mit:

Der Gutsbesitzer Wigzel in Döhren, Kreis Lüneburg, verkaufte seine aus zwei Höfen bestehende Besitzung im Umfange von 300 Hektar für 235 000 M. Der bisherige Besitzer kaufte das Gut vor zehn Jahren für nicht ganz 100 000 M. Wenn auch berücksichtigt wird, daß das Gut sich damals in heruntergewirtschaftetem Zustande befand, und der Besitzer erhebliche Summen für Instandsetzung aufwenden mußte, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß der Mann in zehn Jahren sein Kapital mindestens verdoppelt hat. Bemerkenswert ist noch, daß der Käufer des Gutes, ein Agent aus Magdeburg, einen Teil der Ländereien zerstückeln will und auch das Restgut zu veräußern beabsichtigt, selbstverständlich ebenfalls mit einem entsprechenden Gewinn. So werden also die neuen Besitzer, zum Teil kleine Landwirte, für denselben Boden, der vor zehn Jahren noch nicht ganz 100 000 M. kostete, vielleicht den dreifachen Preis zahlen müssen. Der bekannte „Wunderdoktor“ Schäfer Wt kaufte ein 80 Hektar großes Gut in Südergellersen, Kreis Lüneburg, für 95 000 M. Die Landwirtschaftskammer bezeichnet diesen Preis für ein Gut, das zum größten Teil aus Oedländen besteht, als „außerordentlich hoch“. Auch in Sothmar, Kreis Peine, wurden „außerordentlich hohe“ Landpreise erzielt. Hier sind kürzlich für einen 6 1/2 Hektar großen Hof 52 000 M., also durchschnittlich für jeden Hektar 8400 M. gezahlt worden. Den ungewöhnlich hohen Bodenpreisen entsprachen auch die bedeutend gestiegenen Nachtpreise. Ein Pächter in Witten, Kreis Wittmund, muß für die nächste Pachtperiode 121 M. statt wie bisher 80 M. für den Hektar zahlen, das bedeutet eine Steigerung von 51 Prozent. Das amtliche Blatt der Landwirtschaftskammer bezeichnet diese Steigerung als ganz „erheblich“, wenn man in Betracht zieht, daß die Abgaben und Löhne von Jahr zu Jahr zunehmen, daß die ganze Lebenshaltung immer teurer werde und der Pächter alle Lasten mit übernehmen müsse.

Das sind wertvolle Beiträge für die Zolltarif- und Handelsvertragsverhandlungen im Reichstage. Wer bei uns den Bodenwucher bekämpfen will, muß zuerst gegen den Brotwucher angehen.

Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag zu Jena 1913

Allgemeines.

Das Berichtsjahr begann wie das vorausgegangene geendet hatte: eine wichtige Bewegung gegen die herrschende Agrarpolitik durchflutete das ganze Reich. Die Bewegung gestaltete sich so machtvoll, daß die Verbündeten Regierungen nicht umhin konnten, kleine Konzessionen zu machen. Es wurden bestimmte Erleichterungen für die Einfuhr von Fleisch und Fisch provisorisch eingeräumt, die später auch vom Reichstag sanktioniert worden sind.

Mitten in diese große Volksbewegung hinein traf die Nachricht vom Ausbruch des Balkankrieges, der sich sofort zu einer großen europäischen Gefahr auszuweiten und den Ausbruch eines Weltkrieges in greifbare Nähe rückte. Selbstverständlich erhob das Klassenbewußte Proletariat alsbald seine Stimme gegen den Krieg. Zahlreiche Flugblätter, in denen die Ursachen des Krieges bloßgelegt und die Reichsregierung aufgefordert wurde, alles zu tun, was zu tun ihr möglich sei, um den Krieg auf seinen Herd zu beschränken, wurden im ganzen Reich in vielen Millionen Exemplaren verbreitet. Bis in die kleinsten Dörfer hinein wurden Versammlungen abgehalten, um die Bevölkerung zum Protest gegen die Kriegshetze und den Militarismus aufzurufen. In den großen Städten kam es zu mächtigen Kundgebungen für den Völkerverfrieden. Da Österreich, Italien, Frankreich und England in gleicher oder doch nahezu gleicher Weise bedroht waren, wie Deutschland, wurden in den westeuropäischen Hauptstädten große Demonstrationen mit internationalem Nebenaustausch veranstaltet.

Den Höhepunkt der Befundung proletarischer Solidarität stellte der Internationale Kongress in Basel dar, der am 24. und 25. November abgehalten wurde. Der Eindruck, den dieser Kongress auf die öffentliche Meinung gemacht hat, war ein so großer, daß die bürgerliche Presse geradezu sprachlos war. Sie begnügte sich, von wenigen rüchlichen Ausnahmen abgesehen, mit kleinen Notizen, die aber über den Verlauf der Tagung so gut wie nichts berichteten. Dieses Verhalten wird begreiflich, wenn man sich vergegenwärtigt, unter welchen ungewöhnlichen Umständen der Kongress getagt hat. Für die Klassenbewußte Arbeiterschaft liegt die Bedeutung des Baseler Kongresses in der erneut dokumentierten unerschütterlich feststehenden Solidarität des Proletariats der gesamten Kulturwelt.

Droht der Ausbruch des Krieges, so sind die arbeitenden Massen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Bureau, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Massenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern.

Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Veseitigung der kapitalistischen Massenherrschaft zu beschleunigen.

So heißt es, wie schon in Stuttgart und Kopenhagen, auch wieder an der Spitze des Baseler Manifestes der Internationale. Daß es dem Proletariat und seinen berufenen Vertretern ernst ist mit solchen Beschlüssen, das haben die weiteren Kundgebungen des Volkes und die Verhandlungen in den Parlamenten klar bewiesen.

Den Imperialisten waren die Vorgänge auf dem Balkan willkommenen Vorwand zu weiteren Rüstungsstreberien. Unter dem unwahrscheinlichen Hinweis auf die „Machtwortverchiebung“ auf dem Balkan brachte die Reichsregierung denn auch im Reichstage eine Militärvorlage ein, die alles übertraf, was selbst militärbegeisterte Kreise für möglich gehalten hatten. Im parlamentarischen Bericht der Reichstagsfraktion ist näher geschildert, was die ungeheuerlichen Forderungen zu bedeuten haben und was für Kämpfe im Reichstag seitens unserer Fraktion wider sie geführt worden sind. Die Bekanntgabe der Vorlage wirkte auf das Volk zunächst geradezu aufpeitschend — die Militäristen aber jubelten! Bald änderte sich jedoch das Bild ein wenig. Nachdem bekannt geworden war, daß die Regierung die bestehende Klasse durch Besitzsteuern zu den Kosten heranziehen wollte, ließ der Jubel der „Patrioten“ erheblich nach. Angesichts der immer mächtiger anschwellenden Zahl des sozialdemokratischen Millionenheeres hatte es die Regierung nicht gewagt, abermals mit neuen Steuern auf Lebensmittel und ungenutzte Gebrauchsgüter zu kommen. Diese und die weitere Tatsache, daß die Annahme der Militärvorlage absolut sicher stand, nachdem alle bürgerlichen Parteien sich dafür ausgesprochen hatten, ließen leider die Protestbewegung ein wenig abflauen.

War dem Internationalen Sozialistenkongress in Basel die besondere Aufgabe zuerfallen, zum Balkankrieg Stellung zu

Seite 8
g
124b
ren,
6
Frei
Ausficht
Baufwaren
ger,
ung
27
n
or an
lacher-
sse 29,
45 und
umen
ndliche
-Stoff-
im- und
este
on Preisen
n. 2380
Treppe hoch
Krostr.
Hündin,
Hier, wenn
er Größe,
kaufen oder
gegen ent-
g zu leihen
2461
9. Juli 1913.
trektion.
Dame
ines Geschäft,
Ansehen u.
Dies erzeuge.
1-Seife
ich-Seife)
rtung erhöht
ant weiß u.
ube 50 s bei
renfr. 26-28
fr. 74
berfr. 27
erfr. 11
haltenfr. 19
eten 5976
auf-Drug.
J. Glöckl.
Hüte
die gar-
n älterer
Berechnung.
Hüppurr,
13. 1444
in allen
Preislagen
nts. 51
Kastaff
32.
aller 288
Systeme,
hig. Katal.
nshweig.
festig
an
sfreund.

nehmen, so sollte eine von schweizerischen Volksvertretern der verschiedensten Parteirichtungen zu Pfingsten 1913 nach Bern einberufene „Verständigungskonferenz“, zu der die Parlamentarier aller Parteien aus Deutschland und Frankreich eingeladen waren, der Förderung eines freundschaftlichen Verständnisses zwischen Frankreich und Deutschland dienen. Direkter Anlaß zur Einberufung dieser Konferenz waren die neuen Militärverträge in Frankreich und Deutschland. Das Ergebnis der Konferenz darf man nicht überschätzen, man darf es aber auch nicht unterschätzen. Das Bekenntnis einer so großen gemischten Parlamentariergar zur unbedingten Friedensliebe, sowie die unbedingte Anerkennung des Prinzips der Schiedsgerichte, wie sie in unserem sozialdemokratischen Programm gefordert werden, sind immerhin erfreuliche Tatsachen. Es wurde eine permanente deutsch-französische Verständigungskommission eingesetzt, der neben Jaures in Paris und Haase in Berlin, auch die beiden Vorsitzenden der „Schiedsgerichtsgruppen“ der französischen Kammern, aus Deutschland außerdem der Volksparteiler Konrad Haubmann und der Eisfasser Dr. Nißlin angehören.

Die deutsche und französische sozialdemokratische Parlamentsfraktion, sowie die Parteivorstände der deutschen und französischen Sozialdemokratie hatten vor Eintritt in die Tagesordnung eine gemeinsame Erklärung abgegeben, in der die prinzipielle Stellung des Klassenbewußten internationalen Proletariats zum Krieg und zum Militarismus präzisiert und zum Schluß gesagt wurde:

„... Die französische und die deutsche Sozialdemokratie begrüßt deshalb aufs wärmste den Zusammentritt der Konferenz zu Bern und spricht den Wunsch aus, daß durch sie, auch über die Grenze der Arbeiter hinaus, die Einsicht in die Zusammengehörigkeit der beiden großen Kulturvölker zum Wohle der Menschheit gefördert werde.“

Die vollkommene Einmütigkeit des Klassenbewußten Proletariats Deutschlands und Frankreichs in der Bekämpfung des Militarismus war übrigens eindrucksvoll dokumentiert worden durch ein von den sozialdemokratischen Fraktionen der französischen Deputiertenkammer und des Reichstags gemeinsam unterzeichnetes Manifest gegen den Rüstungswahnsinn. Das Manifest wurde in beiden Ländern in deutscher und französischer Sprache gedruckt und am 1. März 1913 verbreitet.

Wegen den Schluß des Berichtsjahres zogen unsere preussischen Genossen erneut in den Wahlkampf. An Arbeit hat es der Partei im verflochtenen Jahre nicht gefehlt und man kann wohl sagen, daß es ein Jahr des Kampfes gewesen ist, vorzugsweise freiwillig ein Jahr des Abwehrkampfes. An die aktiven Parteigenossen sind außerordentlich hohe Anforderungen gestellt worden. Wenn trotzdem die Organisationen nicht den Fortschritt gemacht haben, den alle Parteigenossen wünschen, so muß beklagt werden, die Ursachen dieser Erscheinung festzustellen. Wir glauben nicht zu irren, wenn wir den größten Teil dieser Ursachen auf die wirtschaftliche Lage, die sich schon wieder erheblich verschlechtert hat, zurückführen. Weiter aber sollten die Genossen überall festzustellen suchen, ob in den öffentlichen Versammlungen die Aufnahme neuer Mitglieder in unsere Organisationen wirklich immer zweckentsprechend vorbereitet war. Wir wissen aus Erfahrung, daß auf diesem Gebiete nicht immer geschieht, was unter allen Umständen geschehen müßte. Dann ist aber auch die Frage aufzuwerfen, ob unsere Parteipresse ihre propagandistische Aufgabe nicht vernachlässigt hat. Unsere Presse wendet sich ernstlich immer mehr fast ausschließlich an den organisierten und geschulten Parteigenossen, bei dem sie vieles voraussetzen darf, was dem Uninteressierten, der erst aufmerksam gemacht, zum Nachdenken veranlaßt und für uns gewonnen werden soll, zum größten Teil unbekannt ist. Hier handelt es sich um ein Problem, das ernsthaft erörtert werden muß.

Unsere Presse soll nicht nur den bereits Klaffenbeten Arbeiter unterrichten über das, was in der Welt vorgeht, soll nicht nur ihm Belehrung und Anregung bieten, sie soll auch die uns noch Ferne und Unbekanntes gewinnen.

Das neue Jahr stellt uns vor neue und voraussichtlich schwere Aufgaben, es wird Arbeit in Hülle und Fülle bringen. Möge jeder Parteigenosse seine Pflicht tun.

Deutsche Politik.

Eine ungeheuerliche Boykottverfügung.

Das Kartell der freien Gewerkschaften hatte über die Produkte der Mühlenfirma Lejieser u. Siegmann, Köln-Deutz, den Boykott verhängt. In der „Rheinischen Zeitung“ wurden die Namen der Bäckerei-Zubehörer veröffentlicht, die trotzdem von der boykottierten Firma das Mehl weiter bezogen. Die Arbeiter und Hausfrauen wurden erjucht, diese Bäckereien zu meiden. Die Mühlenfirma strengte eine Klage

auf Unterlassung dieser Veröffentlichungen an und erzwang soeben vom Landgericht eine einstweilige Verfügung, wonach 1. dem Kartell der freien Gewerkschaften, 2. dem Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und 3. den Inhabern der Firma Gilsbach (Verlag der „Rheinischen Zeitung“) bei einer Strafe von 300 M. für jeden Fall der Zuwiderhandlung verboten wurde: 1. in irgend welchen Veröffentlichungen, 2. im Zusammenhang oder Hinweis auf den über die Produkte der Antragstellerin verhängten Boykott die Namen zu veröffentlichen, 3. das Publikum zur Unterlassung von Bezügen ihrer Produkte aufzufordern, 4. jeden Boykottpostendienst, insoweit als dadurch oder dabei eine Einwirkung auf etwaige Abnehmer oder Verbraucher der Produkte der Antragstellerin sowie auf das Publikum überhaupt erfolgt.

Die Firma will jetzt eine umfangreiche Schadenersatzklage einreichen und außerdem versuchen, den Boykott wegen Verstoßes gegen die guten Sitten überhaupt zu unterdrücken. Die Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft ist bereits erfolgt, und am Mittwoch wurden sämtliche Bädermeister des Bezirks Köln aufgefordert, die nachweisbaren Schädigungen, die sie durch den Boykott gehabt haben, der Mühlenfirma mitzuteilen.

Eine höchstliche Anfrage:

Das ultramontane „Neueste Münchener Tageblatt“ stellt an den bayerischen Justizminister die folgende höchst sonderbare Anfrage:

„Ist es zulässig, daß ein aktiver Richter, der sich mit der Auseinandersetzung einer Erbschaft befaßt, sich von den Erben eine Entlohnung von 6 Prozent versprechen läßt? Ist es erlaubt, daß der betreffende aktive Richter die Herausgabe der Erbschaft verweigert und noch eine höhere Entlohnung verlangt?“

Das Blatt behauptet, daß der bayerische Justizminister über die Sache bereits persönlich informiert sei. Um einen ultramontanen Richter kann es sich natürlich in keinem Fall handeln. Es scheint nicht ausgeschlossen, daß das ultramontane Blatt hier einem liberalen Richter Schwierigkeiten bereiten will. Jedenfalls darf man gespannt sein, welche Auskunft das bayerische Justizministerium nunmehr geben muß, nachdem die Angelegenheit in der breiten Öffentlichkeit angeschnitten wurde.

Die Verurteilung der Verhandlungen über das Erbkammer-Urteil aufgehoben!

Wir wie soeben erfahren, ist der Prozeß gegen die in Erfurt zu schweren Strafen verurteilten Reservisten, der am 1. August vor dem Oberkriegsgericht Kassel als Verurteilungsinstanz verhandelt werden sollte, auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Ueber die Ursachen der Vertagung ist nichts Näheres bekannt.

Die Teuerung.

Dem „Berliner Tageblatt“ wird gemeldet:

„Der Magistrat in Nürnberg beschloß, angelehnt an die Steigerung der Viehpreise die Staats- und Reichsregierung um Vorkaufminderung auf Vieh zu bitten.“

Was wird die Regierung auf diese Eingabe wohl wieder zu antworten wissen?

Zur Wahlwahl in Dresden-Neustadt.

Auch die Antijemiten haben sich in Anbetracht ihrer eigenen Bedeutungslosigkeit, und um sich nicht unnützlich durch eine selbständige Kandidatur zu blamieren, entschlossen, für den Kandidaten der Konservativen, Dr. Hartmann, einzutreten. Der reaktionäre Klingel ist nun auf Dr. Hartmann vereinigt, da ja auch die Bündler ihn unterstützen. Die Antijemiten haben, um ihr jüdenfeindliches Deforum zu wahren, bei ihrem Eintreten für Dr. Hartmann „vorausgesetzt, daß der Herr Kandidat die Grundanschauungen der deutsch-sozialen Partei in Massen- und Standesfragen tatkräftig vertreten wird.“ Die Nationalliberalen sind immer noch nicht schlüssig, was sie machen sollen.

Landtagswahl in Lippe.

Bei der Landtagsersatzwahl, die infolge der Mandatsniederlegung des Liberalen Neumann-Göfer notwendig geworden war, erhielten am Dienstag Becker

(Soz.) 355, Neumann-Göfer (lib.) 596, Kreiling (lib.) 563 Stimmen. Der Stimmenrückgang der Sozialdemokratie erklärt sich aus der Abwesenheit vieler Wanderarbeiter. Es hat Stichwahl zwischen den Liberalen und den Konservativen stattgefunden.

Erhebungen über den Geburtenrückgang.

Das preussische Ministerium des Innern will die Ursachen des Geburtenrückgangs „einwandfrei“ feststellen. Es werden daher Rundfragen bei Ärzten, Geistlichen und Lehrern über die Ursache des Geburtenrückgangs veranstaltet. Angenommen wird, daß der Geburtenrückgang nicht ein organischer ist, sondern teilweise durch Antikonzeptionsmittel verursacht wird. Auch über die Bevölkerungsklassen, unter denen hauptsächlich der Geburtenrückgang festgestellt wurde, sollen Erhebungen veranstaltet werden, da nach den bisherigen Feststellungen unter der Arbeiterbevölkerung die Anzahl der Geburten nicht nachgelassen hat. Das Mittelmittel wird dann wohl wieder in Strafbestimmungen gefunden werden, anstatt die sozialen Verhältnisse zu bessern.

Reichszentrale gegen die Zigeuner.

Einer Korrespondenz zufolge wird voraussichtlich im Frühjahr nächsten Jahres die bayerische Reichszentrale zur Bekämpfung des Zigeunerumwelsens in eine Reichszentrale umgewandelt. Die Verhandlungen mit den einzelnen Bundesstaaten seien im Gange. Preußen habe seine Zustimmung bereits erklärt. Die Beitrittserklärungen mehrerer anderer Bundesstaaten stehen zwar noch aus, sie seien aber im Laufe der nächsten Monate zu erwarten.

* Höhere Besteuerung ausländischer Weine. In Bayern, Baden, Elsaß-Lothringen und Württemberg bestehen staatliche oder kommunale Weinsteuern. Nach dem Vertrag, der zwischen diesen Ländern und dem Norddeutschen Bund im Jahre 1887 über den Zoll- und Handelsverein abgeschlossen wurde, ist nun bestimmt, daß für alle bei der Einfuhr mit mehr als 3 Mark vom Doppelzentner belegten Erzeugnisse keine weitere Abgabe erhoben werden darf. Die Weininteressenten aus den genannten Staaten haben nun in der letzten Reichstagsession lebhaft darüber Klage geführt, daß der ausländische Wein mit kommunalen Abgaben nicht belegt werden kann, und behauptet, dadurch in ihrer Konkurrenzfähigkeit beeinträchtigt zu sein. Die genannten Staaten beantragen nunmehr beim Bundesrat, durch Reichsgesetz die getroffenen Bestimmungen zu ändern, um es zu ermöglichen, daß der ausländische Wein genau so wie der inländische besteuert werden kann.

Ausland.

Frankreich

Katholische Unfreiheit. Wie aus Rom gemeldet wird, wurden die in Paris erscheinende und von dem Pater La Verhonnere geleitete Zeitschrift „Annales der christlichen Philosophie“ und die Zeitschrift „Auf dem Weg zum Katholizismus“ auf den Index gesetzt. Namentlich der gegen die „Annales“ gefaßte Beschluß ruft um so größeres Aufsehen hervor, als die Zeitschrift unter der Aufsicht eines von dem Kardinal-Erzbischof Amette bestellten Zensors erschien.

Veränderungen im Kabinett? Die „Sibire Parole“ bringt eine Meldung, der zufolge während der Sommerferien mehrere Veränderungen im Kabinett Barthou vorgenommen werden sollen. Der Finanzminister Dumont und der Justizminister Rattier sind als die ersten Opfer auszuweisen, und werden bei Wiederbeginn der parlamentarischen Session nicht wieder auf ihre Plätze zurückkehren. An Stelle Dumonts soll Cail-laux das Finanzportefeuille übernehmen. Als Nachfolger des Justizministers nennt man den ehemaligen Arbeitsminister Paul Boncour. Die interessanteste Veränderung soll jedoch demselben Blatte zufolge für das Portefeuille des Krieges in Aussicht genommen sein, nämlich Millerand soll wieder Kriegsminister werden.

Holland.

Wahlstieg in Amsterdam. Bei der Nachwahl im zweiten Amsterdamer Wahlkreis, die notwendig wurde, weil Genosse Dr. Mendel amnestisch gewählt war, ist in der Stichwahl Genosse Oberlehrer Adrian Gerhard gewählt worden mit 1675 Stimmen gegen 1072, die auf den liberalen Kandidaten entfielen. Bei der

In schlimmen Händen.

Roman von Erich Schlaikjer.

63

(Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)

Im allgemeinen Gastzimmer war es leer. Die Herren hatten sich in den Nebenraum zurückgezogen.

Die Tür ging auf und der Referendar kam herein. Er stand trumm vor Lachen, als er Septimus erblickte.

Septimus sprang entsetzt auf. „Es ist ein Unglück geschehen.“ Er war nervös geworden.

„Was ist denn los?“ kam es ganz verzagt.

„Der Carlsen von der Erde lag in Krämpfen über dem Weg.“

Agel kam mit den übrigen Herren.

„Es ist augenblicklich nichts zu machen. Lassen Sie mich allein. Ich muß an morgen denken.“

Die Herren verfügten sich in ihr Zimmer zurück. Lorenz Amussen schüttelte den Kopf. Die Sache tat ihm so leid.

Dagmar setzte sich stillschweigend an seinen Tisch.

„Was ist das eigentlich mit diesen Krämpfen?“

„Ja, liebe Frau Amussen, das weiß ich auch nicht. Früher nannte man die Leute besessen.“

„Pfui!“ Es klang so unheimlich.

„Man glaubte, daß ein Teufel in sie hineingefahren sei.“

Dagmar lächelte etwas angeknerrt.

„Ja, wir lächeln darüber. Es war aber gar nicht so dumm.“

„Glauben Sie an Teufel?“

„Mitunter bin ich fast dazu geneigt. In Carlsen müßte dann ein ungewöhnlich schmutziger Teufel hineingefahren sein.“

Dagmar verschwand; sie fühlte sich Septimus gegenüber nie ganz sicher.

Septimus hing seinen eigenen Gedanken nach; er merkte kaum, daß sie ging.

„Frau Amussen!“ rief er nach einer Weile. Dagmar hatte eben in die Küche wollen.

„Setzen Sie sich zu mir!“ Er schlug einen sehr intimen Ton an.

Dagmar atmete auf. Wenn er so sprach, war er nicht unterrichtet. Ihre braunen Augen zeigten einen schönen Ernst.

Sie hing an seinen Lippen wie ein aufmerksames Kind.

„Ich muß Sie ins Vertrauen ziehen, liebe Dagmar. Carlsen hat keine Krämpfe, aber betrunken ist er, himmelschreiend betrunken. Ich habe nur den Leuten das Maul stopfen wollen.“

Dagmar nickte.

„Seine Frau weiß Bescheid. Ich habe ihr vorläufig sagen lassen, daß er krank sei. Morgen früh gehe ich zu ihr und sage ihr die Wahrheit. Die Lüge hält ja doch keine 24 Stunden.“

„Die arme Frau!“

„Ja, Sie haben recht.“ Septimus seufzte. „Aber Tatsachen sind harte Dinge, die Geschichte ist nun einmal vorhanden. Ich nehme also die Frau auf mein Gewissen. Sie müssen indessen für Carlsen sorgen.“

„Er ist ja gar nicht krank.“

„Wollte Gott, er wäre es. Dann wäre ihm leichter zu helfen. Das Erwachen wird schlimm sein. Er muß mit aller Sorgfalt behandelt werden. Seine Kleider müssen zunächst gereinigt werden, so sauber, daß nicht die geringste Spur zurückbleibt.“

„Ja.“

„Er wird nichts essen können; versuchen Sie aber wenigstens, ihm eine kräftige Brühe beizubringen. Vor allen Dingen aber sagen Sie ihm immer wieder, daß die Leute von gar nichts wissen. Der Gedanke muß in ihm lebendig bleiben. So wie ich Carlsen kenne, hat er morgen Selbstmordgedanken.“

Dagmar lächelte.

„Sie lächeln? Ja, ich fürchte auch nicht, daß ihm etwas geschieht. Er ist nämlich ein feiger Hund, wenn ich es sagen darf. Ich fürchte aber, daß er die Gedanken mit Branntwein tobsüchtig, und er muß vor allen Dingen in sein Haus gebracht werden. Gehen Sie ihm etwas, wenn er danach verlangt. Er wird Mut brauchen, um auch nur noch Hause

gehen zu können. Gehen Sie ihm aber unter keinen Umständen zu viel. Unter keinen Umständen, sage ich Ihnen! Lassen Sie ihm ruhig, daß er nach Hause gehen soll. Gehen Sie mit, wenn es irgend sein kann. Er muß zunächst in seine Wohnung geschafft werden. Mehr läßt sich augenblicklich überhaupt nicht tun.“

„Ich werde alles besorgen.“

„Und — klatschen tun Sie ja wohl nicht?“

„Der Doktor!“ Sie sah ihm frank in die Augen.

„Es ist gut; Sie tun es wirklich nicht.“

Eine halbe Stunde später rollte Septimus durch die Nacht. Der Antiker war verdammt mürrisch, daß man ihn aus den Federn geholt hatte. Septimus aber freute sich.

Er wollte allein sein, er wollte seinen eigenen Gedanken nachhängen, er hätte unter keinen Umständen mit Amussen fahren können.

Carlsen erwachte spät. Der Vormittag war weit vorgeschritten und die Sonne stand hoch am Himmel. Er richtete sich langsam und zaghaft auf. Wo war er nur?

Er sah zum Fenster hinaus. Draußen lag die Ostsee in frischer Morgenschönheit. Die blauen Bogen rollten vor frischem Winde in die Bucht hinein. Es fiel ihm plötzlich ein: er war im Hotel. Der Weg fiel ihm ein, der lange, schmiedliche Weg, mit dem er gar nicht fertig werden konnte.

Immer hatte der Weg sich weiter gedehnt und immer weiter und weiter; er sehnte sich nach Ruhe, aber der Weg hatte kein Ende genommen. Er hatte sich so redlich gequält, weil er gern ins Hotel wollte; mehr wußte er nicht. Er war aber doch hineingekommen, er hatte doch sein Ziel erreicht. Aber wie hatte er sich betragen? Und mit dem war er zusammen gewesen? Sein Gedächtnis war völlig ausgelöscht. Er konnte die schlimmsten Dinge begangen haben, er wußte von nichts. Auf einmal sah er, daß seine Kleidungsstücke verschunden waren. Ein banger Schreck ergriff ihn. Was war geschehen? Warum waren seine Kleidungsstücke fort? Er fuhr mit den nackten Beinen aus dem Bett und ging an die Tür. Er öffnete ganz vorsichtig, ganz leise; er scheute sich, daß jemand es sehen könnte, er hatte ein so schlechtes Gewissen. Es war niemand auf

ersten Wahl war der Liberale ausgefallen. Die liberale Parteiorganisation hatte die Parole ausgegeben, für den Sozialdemokraten zu stimmen. Die liberale Presse der Hauptstadt machte aber nicht mit, sondern schweig die Parole tot, und tatsächlich haben nur sehr wenig Liberale der Parteiparole gefolgt. Das neue Parlamentsmitglied ist einer der Veteranen der Partei, ein philosophisch geschulter Kopf und einer der Führer der Freidenkerbewegung.

Badische Politik.

Konservative Heuchelei.

Zwischen dem nicht der badischen konservativen Partei angehörenden Konservativen, der den auch von uns zitierten Artikel über die politische Lage im „Karlsruher Tageblatt“ veröffentlichte, und der „Badischen Warte“ hat sich eine Polemik entpinnen. Letztere schrieb u. a.:

„Nicht die Schamröte, mein lieber Herr Konservativer vom „A. L.“, sondern der Superlativ von hier, die Schamflamme, muß einem Christen, dem es mit seinem Aufblick zu unserem gekreuzigten Herrn und Heiland heiliger Ernst ist, aus Herz und Augen herausflammen, wenn ihm zugemutet wird, Hand in Hand mit denen zur Wahlurne zu gehen, die sein heiligstes Kleinod derartig verhöhnen und verächtlich wollen.“

Herr Dr. Fellmeth, der Verfasser des Tagblattartikels, ist über diesen „frommen Augenaufschlag“ entrüstet. Es gehört in der Tat eine ungewöhnliche Portion religiöser Heuchelei dazu, „unsern Herrn und Heiland“ in die Debatte über den Großblock hereinzuqueren. Die konservativen und zentrierten Patentdristen scheinen gar kein Gefühl mehr für das Blasphemische dieses Mißbrauchs der Religion zu haben.

Einen Mahnruf an die Altliberalen

richtet die „Nat. Korrespondenz“ in einem längeren Artikel, in welchem es am Schlusse heißt:

„Niemand braucht darüber irigig werden, daß außerordentliche Situationen außerordentliche Mittel zu ihrer Verrichtung erfordern. In dieser Lage ist die Nationalliberale Partei; das außerordentliche Mittel des Großblocks wurde nicht von Rehmann erfunden, sondern von den Altliberalen Binz, Wildens, Oßfischer, und die Idee Rehmanns, die Arbeiterwelt dem nationalen Kulturstaat einzugliedern, ist ein Ideal, das der Nationalliberalen Partei gar nicht schlecht anstünde. Vor jedem ehelichen Wegsucher zu diesem Ideal muß man Respekt haben. Der Weg zur Verwirklichung dieses Ideals muß gefunden werden, soll nicht das Vaterland einer Krise entgegengehen. Dieser Ansicht sind ja auch Zentrumsblätter, wie z. B. das „Mannheimer Neue Volksblatt“.

Alles in allem: Die Rechtsliberalen können und dürfen sich nicht in Kleinigkeitstrümmern verlieren in einer Situation, die nur ein Hüben und Dröben kennt. Nicht um das Staatsinteresse geht es beim Zentrum, sondern um die eigene Macht; ihr sollen die neuesten Widersprüche Wahlsprüche dienen, und diesen Wahlsprüchen zur Verbeistärkung der Zentrumshegemonie will die Nationalliberale Partei entgegen.

Wollten die Rechtsliberalen da der Nationalliberalen Partei in den Rücken fallen? Könnten sie das vor ihrer liberalen Gesinnung verantworten? Und warum sie nicht — in der Stunde, da der Großblock durch die Verhältnisse abgeloßt werden soll — ihr vaterländisches Gewissen davor, auch nur indirekt mitzuhelfen, daß unserm Lande die Herrschaft des politischen Ultramontanismus besichert, die Verhältnisse bereitwillig und verhältnismäßig gemäßigter Richtung innerhalb der Sozialdemokratie dem Radikalismus zum Opfer gebracht wird? Wären da die les-

dem Korridor, an der Tür hingen seine Kleider, sie waren ganz sauber; er hatte sie vielleicht zum Wüsten hinausgehängt. Er holte sie herein, so vorzüglich, als wenn er ein Dieb wäre, der sie stehlen wollte. Dann begann er sich anzuziehen. Es war nur gut, daß die Kleider so rein waren, dann sah er wenigstens ordentlich aus. Er wusch sich. Das Wasser war ihm unangenehm, aber er fühlte, daß es sein Aussehen beleben würde. Auf einmal prallte er entsetzt zurück, er hatte in den Spiegel gesehen. Er hatte blutige Stellen im Gesicht. Mein Gott im Himmel, was war doch nur geschehen? Ob man ihn geprügelt hatte? Die Lieferung stand auf dem Spiel, sein ganzes Geschäft stand auf dem Spiel. Er konnte sich so blamiert haben, daß er sich nie mehr auf der Straße sehen lassen konnte. Und das an einem Freitag, wo die ganze Stadt versammelt war. Mein Gott, mein Gott, mein Gott! Er lehnte den Kopf an die Wand und begann leise zu jammern. Er jammerte still in sich hinein. Es gewährte ihm eine Erlösung, sich ganz seiner Hilflosigkeit hinzugeben. Aber er mußte ja hinunter! Er mußte der kalten Wirklichkeit entgegengehen, es half ihm ja alles nichts. Er sah seine Entschluß. Nur schnell hinunter, um die Gemüßheit zu erfahren, mochte sie auch noch so schrecklich sein. Auf der Treppe kam wieder die Angst, daß ihm jemand begegnen könnte. Der Atem drohte ihm zu stocken, als unten der Knecht durch die Hoftür hereinkam. Der Knecht grüßte aber ganz unauffällig, es ging gut.

„Hallo,“ rief ihm Dagmar munter entgegen, „Sie haben aber gut geschlafen.“

Eine Erlösung kam über ihn. Es konnte so schlimm nicht sein, wenn Dagmar fröhlich war. Sie waren auch glücklichlicherweise allein im Wohnzimmer.

„Ich will Ihnen ein schönes Frühstück machen. Wir haben das Haus voll guter Dinge. Von gestern, wissen Sie. Ich mache Ihnen eine Oxtail-Suppe heiß. So recht brennend heiß und kräftig.“

„Ja, das könnte nicht schaden.“

„Wollen Sie einen Schnaps haben? Sie sehen so vertrotten aus.“ Durch Carlens Körper ging ein beständiges Bröckeln.

„Nein, nein, nein!“ Der Grog von gestern stand ihm noch an der Kehle.

Die heiße Suppe löffelte er mit Begier herunter, es wurde ihm besser. Er wagte aber nicht zu fragen, er fühlte sich so unbehaglich, er hatte Angst vor der Antwort. Er begann ruhelos durch das Zimmer zu treiben.

(Fortsetzung folgt.)

teren Dinge nicht schlimmer als die ersten (die „Großblockdinge“). Wollen und können die Rechtsliberalen das verantworten?“

Eine „wildliberale“ Kandidatur

ist, wie der „Bad. Landesbote“ berichtet, auch in Konstanz geplant. Die dortigen Nationalliberalen haben erklärt, daß sie einem derartigen Manöver entschieden entgegenzutreten würden.

Aus der Partei.

1. Forchheim, 31. Juli. Wir weisen nochmals auf die am Samstag abend in der „Kunde“ stattfindende Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins etc. Neben einigen anderen Fragen von Bedeutung, wird auch über die Wohnungsfrage diskutiert werden. Es wäre zu wünschen, daß die Mitglieder recht zahlreich erscheinen, um sich zu dieser gerade für uns wichtigen Frage zu äußern.

Leutnantsent, 31. Juli. Sozialdem. Verein. Am Sonntag, 3. August, nachmittags 4 Uhr, findet in der „Krone“ Mitgliederversammlung statt. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu erscheinen. Die fortwährenden Angriffe gegen einzelne Mitglieder von Leuten, die der Partei den Rücken gekehrt haben, veranlassen uns, hierzu Stellung zu nehmen. Auch sind sonstige Angelegenheiten zu regeln. Es darf deshalb keiner fehlen.

10. badischer Reichstagswahlkreis. Es wird hiermit nochmals auf die am nächsten Sonntag, 3. August, vormittags 9 Uhr, im „Auerhahn“ zu Karlsruhe stattfindende Wahlkreis-Konferenz aufmerksam gemacht.

Gangfeld, 31. Juli. Sozialdem. Verein. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß am Samstag, 2. August, abends halb 9 Uhr, im „Friedrichshof“ Versammlung stattfindet. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht aller Parteigenossen, zu erscheinen.

Heilsheim, 31. Juli. Wir machen auch an dieser Stelle auf die morgigen Samstag abend im „Bad. Hof“ (Nebenzimmer) stattfindende Versammlung aufmerksam. Auf der Tagesordnung stehen „Kommunalpolitische Fragen“. Genosse Ubele aus Karlsruhe wird das einleitende Referat halten. Wir erwarten einen vollzähligen Besuch auch von seiten unserer Vertreter auf dem heiligen Kathause.

Gernsbach, 31. Juli. Es wird an dieser Stelle nochmals auf das am Sonntag, 3. August, nachmittags 3 Uhr, im „Bad. Hof“ unter Mitwirkung der Theatergesellschaft-Durlach und der Arbeitergesangsvereine Gagenau und Dos stattfindende Parteifest des sozialdemokratischen Wahlvereins Gernsbach aufmerksam gemacht und sind alle Freunde und Gönner unserer Sache von Gernsbach und Umgebung freundlichst eingeladen.

Der Briefwechsel zwischen Friedrich Engels und Karl Marx 1844—1883. Herausgegeben von A. Bebel und Ed. Bernstein. Der Verlag von J. F. W. Dieß Nachfolger in Stuttgart teilt mit, daß die Bearbeitung des Briefwechsels der beiden großen Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus fertiggestellt ist und daß er eine Subskription auf das vier Bände umfassende Werk eröffnet. Die Bände haben folgenden Inhalt:

1. Band. Erster Abschnitt (1844—1849): Die ersten Jahre des Bundes. — Zweiter Abschnitt (1850—1853): Das Londoner Exil bis zur Auflösung des Kommunistenbundes.

2. Band. Dritter Abschnitt (1854—1860): Krimkrieg, — Geschäftskrise von 1857. — Newyork Tribune. — Italienischer Krieg.

3. Band. Vierter Abschnitt (1861—1867): Der amerikanische Bürgerkrieg. — Die liberale Ära. — Schleswig-Vöslau. — Preußisch-Oesterreichischer Krieg. — Lassalle'sche Bewegung. — Norddeutscher Reichstag. — Das Kapital.

4. Band. Fünfter Abschnitt (1868—1883): Die Parteienentwicklung in Deutschland. — Der Deutsch-Französischer Krieg. — Engels' Leberleibung nach London 1870. — Marx' Krankheit und Tod. — Register.

Die Herausgeber sehen davon ab, die Veröffentlichung zum Gegenstand einer buchhändlerischen Spekulation zu machen. Die Auflage ist daher auf wenige hundert Exemplare bemessen, auf die die Herstellungskosten verteilt worden sind.

Der Gesamtpreis für die vier Bände beträgt 40 Mk. broschiert. Als Abnehmer dürften vorzugsweise Bibliotheken und Zeitungsredaktionen in Betracht kommen, da Rezensions- und Frei-Exemplare nicht abgegeben werden.

Es gelangen auch gebundene Exemplare (mit Fadenheftung) zur Ausgabe, für die 4 Mk. extra berechnet werden. Die Ausgabe des Briefwechsels wird am 15. September dieses Jahres erfolgen. Die eingegangenen Bestellungen werden der Reihe nach bemerkt und gelangen künftighin an einem Tage zur Erledigung.

Für die nach dem Erscheinungstag eingehenden Bestellungen kann die Ausführung nicht sicher versprochen werden.

Soziale Rundschau.

Dos, 30. Juli. Am Dienstag, 29. ds. Mts., sollte hier im Gasthaus zum „Bühnenhof“ eine öffentliche Versammlung stattfinden zu dem Zwecke, über die „Volksfürsorge“ Aufklärung unter der hiesigen Einwohnerschaft und den organisierten Arbeitern zu schaffen; die Veranstaltung war aber leider so schlecht besucht, daß die Versammlung nicht abgehalten werden konnte. Bezüglich der organisierten Kollegen muß leider gesagt werden, daß ein Teil derselben aus purer Interesslosigkeit es nicht für notwendig erachtete, die Versammlung zu besuchen, während es gelten mag, daß andere durch Erntearbeiten abgehalten waren. Letzteres mag auch der Grund sein, daß von seiten der übrigen Einwohnerschaft die Versammlung nicht besucht wurde. Es findet nun am Samstag, 9. August, abends 8 Uhr, im selben Lokal eine Versammlung mit dem gleichen Thema statt und erwarten wir, daß die organisierte Arbeiterschaft für einen guten Besuch derselben agitiert. Die Materie ist so wichtig, daß die Versammlung die größte Beachtung verdient.

Die „Badische Volkszeitung“ müht sich bereits im Schwelge ihres Angebots ab, alle Nichtsozialdemokraten zu warnen, dieses „sozialdemokratische Experiment“, wie dieselbe die „Volksfürsorge“ zu nennen beliebt, mitzumachen. Sie behauptet, daß mit dem Gelde der „Volksfürsorge“ die Parteiziele der Sozialdemokratie gefördert werden sollen. Als Beweis führt der Artikel die Namen einiger Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder an, die bekannte Sozialdemokraten sind, als ob damit etwas bewiesen wäre. Mit demselben Rechte kann man die christlichen Gewerkschaften z. B. auch als „zentrierte Experimente“ bezeichnen, da doch in den Führerstellen dieser Streikbrecherorganisationen mit der schwarzen Gehirnsuche doch auch Personalunion besteht. Zukunfts — es ist zum Lachen — bringt der Artikel noch die „Volksfürsorge“ mit den — badischen Landtagswahlen in Verbindung, indem er folgende Weisheit verzapft:

„Im übrigen kann man die Beobachtung machen, daß die badische Sozialdemokratie sich besonders warm und eifrig dieser „Volksfürsorge“ annimmt. Das hat seinen guten Grund. Jetzt vor den Landtagswahlen möchten sie möglichst schnell mit der Berichterstattung über ihre Leistungen und ihr Können im badischen Landtag fertig sein und mit der „Volksfürsorge“ die Gedanken von ihrer Arbeit ablenken. Was aber die Herren vergessen sollten, werden wir um so lieber nachholen.“

Wir sind jedoch der Meinung, daß sich die sozialdem. Abgeordneten ihrer Arbeit im verflochtenen Landtag nicht zu schämen brauchen und daß sie die Verantwortung ihren Wählern gegenüber ruhig übernehmen können. Im übrigen ist der Artikel zu unserer nächsten Versammlung über die „Volksfürsorge“ hiermit höflichst eingeladen. Die Versammlung ist eine öffentliche und kann er, falls er Lust hat, bei vollster Redefreiheit seine „Beweise“ austramen.

* Vom Schwarzwald, 30. Juli. Die als Hausindustrie von der großh. Schnitzerschule in Furtwangen eingeführte neue Schwarzwälder Holzschneiderei hat sich in letzter Zeit vortheilhaft weiterentwickelt und zeigt recht guten Geschäftsgang. Zahlreiche Aufträge kommen nicht nur aus den Kurorten der Schwarzwaldgebiete, sondern auch durch die Leipziger Engrosmesse vom Auslande, insbesondere von Südamerika. Diese Industrie gewinnt ständig an Boden und benötigt immer mehr tüchtige Arbeitskräfte. Talentierte junge Leute können sich dadurch leicht im eigenen Heim selbstständig machen, um so mehr, als dieser Zweig des Kunsthandwerks keine umfangreiche oder teure Einrichtungen erfordert. Neben einer Anzahl Schnitzereien, einer Werkbank und gutem Rohmaterial ist tüchtiges Können die Hauptsache.

* Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Von der sozialdemokratischen Gemeinderatsmehrheit in Gera ist eine erweiterte Sonntagsruhe für das Handelsgewerbe beschlossen und nun auch ministeriell bestätigt worden. Nach dem Gesetz dürfen Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter im Handelsgewerbe an Sonn- und Feiertagen nicht beschäftigt werden. Als Ausnahmen werden zugelassen: a) die Beschäftigung von Handelsgestellten aller Art im Großhandel, der Industrie, der Bank-, Expeditions- und Agentengeschäfte, der Baugeschäfte usw. an acht Sonn- und Feiertagen im Jahre, b) in den offenen Verkaufsstellen des Kleinhandels an sechs Sonn- und Feiertagen und an den letzten drei Sonntagen vor Weihnachten. Bei a) ist über die acht Sonntage eine Liste zu führen und an sichtbarer Stelle aufzuhängen, bei b) werden die betreffenden Tage nach Gehör der Gewerbetreibenden durch den Stadtrat festgesetzt. Auch für den Geschäftsbetrieb der Fleischer, Bäcker und Konditoren ist eine Einschränkung der Verkaufszeit auf einige Tagesstunden festgelegt worden.

Gewerkschaftliches.

Der Verband der Lithographen und Steindrucker im Jahre 1912.

Für das graphische Gewerbe stand das Jahr 1912 im Zeichen einer schweren wirtschaftlichen Depression, die besonders auf dem Lithographie- und Steindruckgewerbe außerordentlich stark lastete. Die Folgen machten sich bemerkbar in einer weiteren Steigerung der Arbeitslosigkeit, von der unter allen Verbänden des graphischen Gewerbes die Organisation der Lithographen und Steindrucker am schwersten betroffen wurde. Die Zahl der Fälle von Arbeitslosigkeit stieg in diesem Verbände von 8955 im Jahre 1911 auf 9251 im Jahre 1912, also um 296. Auf je 100 Mitglieder kamen 1911 schon 13, 1912 aber 13,65 Fälle von Arbeitslosigkeit. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen betrug 1911: 167 537, 1912: 171 560; sie war demnach im Berichtsjahre um 4023 höher als im Jahre 1911. Infolge der verhältnismäßig größeren Steigerung der Zahl der Arbeitslosen sank die auf jeden Fall durchschnittlich entfallende Zahl der Arbeitslosentage von 19,0 auf 18,5.

Diese Massenarbeitslosigkeit veranlaßte viele Steindrucker und besonders Lithographen, den erlernten Beruf aufzugeben, als ungelernete Arbeiter ihren Unterhalt zu suchen oder ins Ausland auszuwandern. Nach einer Statistik der Berliner Lithographenfiliale ging zum Beispiel die Zahl der Berliner Chromo-Lithographen von 652 im Juni 1911 auf 392 im Mai 1912 zurück; sie sank also in knapp zwei Jahren um 260 oder um 40 Proz.! In Leipzig betrug der Rückgang von Ende 1909 bis Ende 1912 rund 200 oder 25 Proz.! Ähnlich lagen die Verhältnisse in anderen Druckerorten. Auch bei den Steindruckern währte der Abgang vom Beruf oder die Abwanderung ins Ausland nach mehreren Hunderten.

Diese Umstände wirkten natürlich zurück auf die Mitgliederzahl, die Ende 1911: 17 092, Ende 1912: 16 619 betrug und demnach um 473 zurückging. Die dem Verbands angegliederte Lehrlingsabteilung zählte Ende 1911: 2729 und Ende 1912 2407 Mitglieder; der Rückgang um 323 ist hier auf den Rückgang der Lehrlingszahl im allgemeinen zurückzuführen.

Den Jahreseinnahmen von 1 182 994 Mk. standen im Jahre 1912: 1 701 156 Mk. Ausgaben gegenüber. Diese überfließigen demnach die Einnahmen um 518 162 Mk., so daß das Vermögen des Verbandes um diesen Betrag von 724 449 Mk. auf 206 287 Mk. zurückging. Die Mehrausgabe ist ausschließlich auf die Kosten der Lohnbewegungen, besonders des großen 15wöchigen Streiks und Aussperrungskampfes im Winter 1911/12 zurückzuführen, der rund 4500 Lithographen und Steindrucker in Mitleidenschaft zog. Diese Kosten betragen allein im Jahre 1912: 884 652 Mk.

Die Wirksamkeit des Verbandes für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse war im Jahre 1912 hauptsächlich darauf gerichtet, die Ende Januar beim Abschluß des Kampfes mit dem Schutzverband der Steindruckerunternehmer getroffenen Vereinbarungen auch in den Nichtschutzverbands-Betrieben zur Geltung zu bringen. Diese Arbeit führte zum Abschluß zahlreicher Firmen-, Orts- und Bezirkstarife mit zum Teil erheblichen Verbesserungen der bisherigen Lohn- und Arbeitsbedingungen. Außerdem wurde für die Verbandsgrenze der Formstecher im September ohne Kampf ein neuer Zentratarif, der ebenfalls beträchtliche Verbesserungen der bisherigen Verhältnisse vorsah, abgeschlossen.

Neben den Kosten für die Lohnbewegungen, die fast reiflos für Unterstützung an Streikende und Aussperrte verausgabt wurden, hat der Verband 1912 noch folgende Unterstützungen ausgezahlt: An Gemahregelte 5468, für Rechtschutz 2942, Unzugskosten 19 845, Meistunterstützung 25 013, Arbeitslosenunterstützung 142 838, Krankengeld 196 950, Invalidenrente 91 041, Witwenunterstützung 49 196 und Sterbegeld 15 261 Mk., insgesamt also 547 054 Mk. Demnach wurden weit über eine halbe Million Mark für die mannigfaltigsten Unterstützungen ohne Streikunterstützung verausgabt. Auch diese Zahlen reden eine deutliche Sprache von dem Werte des Verbandes.

* Reuenburg, 31. Juli. Der Streik in der hiesigen Bügel-eisenfabrik (F. Waldbauer) dauert jetzt schon 14 Wochen. Seit her sind alle Verhandlungen gescheitert.

* Zum Streik der Hamburger Wertarbeiter. Am Dienstag nahm eine von über 5000 Personen besuchte Mitglieder-versammlung der Verwaltungsstelle Hamburg des Deutschen Metallarbeiterverbandes, die in den beiden großen Sälen des Saabelfischen Establishments stattfand, zu dem außerordent-

lichen Verbandstag Stellung. In der Debatte wurde die Stellung des Vorstandes zu der Werftarbeiterbewegung scharf kritisiert. Die Mehrzahl der Mitglieder habe bestimmt geglaubt, der Vorstand werde den Streit genehmigen. Er habe kein Recht, die Besätze der Lokalkassen mit Beschlag zu legen. Wenn die in den Landbetrieben beschäftigten Kollegen die freiwillige Unterstützung nicht aufgebracht hätten, wäre die Bewegung schon zu Ende. Man solle Kollegen zur Generalversammlung schicken, die dafür eintreten, daß aus dem § 38 des Statuts das Wort „jedwede“ gestrichen werde, das dem Vorstand die Handhabe zu seinem Vorgehen gegenüber dem Verfügungsrecht über die Lokalkassenbestände biete. Unter lebhaftem Beifall wurde von einem Redner aufgefordert, daß auf keinen Fall jemand die Vorgänge der letzten Wochen zum Anlaß nehme, aus dem Verband auszutreten. Nachdem sich auch die übrigen Wortführer, trotzdem sie wußten, daß die Unterstützung verweigert werde, der Bewegung angeschlossen hätten, mußten der Vorstand und die Generalversammlung einsehen, daß hier Verhältnisse vorliegen, die aus den bisher geltenden Grenzen hinauszuwachsen seien. Auf die Lokalkassen habe der Vorstand keinen Anspruch. Damit er die Arbeitslosenunterstützung nicht beseitigen könne, müsse der § 38 geändert werden. Eine ganze Reihe weiterer Redner schloß sich dieser Kritik an. Die Mehrheit war darüber einig, daß das Statut den Verhältnissen nicht mehr angepaßt sei. Nur ein Redner verteidigte den Vorstand, der sich für seine an das Statut gehalten habe. Folgende Entschließung wurde gegen eine Stimme angenommen:

„Die heutige Mitgliederversammlung spricht dem Hauptvorstand die vollste Mißbilligung über sein Verhalten im Kampfe der Werftarbeiter aus. Weiter weist die Versammlung den Eingriff des Hauptvorstandes in das Verfügungsrecht über die Lokalkassen energig zurück.“

Von den österreichischen Gewerkschaften. Der Jahresbericht 1912 der Gewerkschaftskommission Oesterreichs verzeichnet mit Vergütung einen Aufschwung der angeschlossenen Organisationen von 421 905 auf 428 363 Mitglieder, darunter 60 416 weibliche. Die Zunahme scheint gering, doch muß dabei die Balkankrise berücksichtigt werden und ferner, daß die moderne Gewerkschaftsbewegung in Oesterreich seit ein paar Jahren eine schwere innere Krise durchmacht: Der in Oesterreich alles zerschneidende Nationalismus hat auch die Gewerkschaft nicht verschont. Besonders von tschechischer Seite aus sind alle Anstrengungen gemacht worden, autonome tschechische Gewerkschaften zu gründen und zu diesem Zwecke hat man nicht davor zurückgeschreckt, mit Hilfe nationaler Vorurteile die Zersplitterung in alle internationalen oder Zentralverbände Oesterreichs zu tragen. Dieser Zerwürfnißkampf hat natürlich auf die gesamte Arbeiterbewegung ungewohnt lähmend gewirkt. Trotzdem gehören den österreichischen Zentralverbänden neben rund 322 000 deutschen auch 70 000 tschechische, 20 000 polnische, 9000 italienische, 6000 slowenische und 1000 rufinische Mitglieder an. Wenn man nun dazu in Betracht zieht, daß die Gesamtmitgliedszahl der Gewerkschaften, die von 1907 bis 1910 dauernd zurückging, jetzt wieder regelmäßig steigt, so darf man wohl annehmen, daß die nationalistische Krise überwunden haben. Es wird dann nur noch eine Frage der Zeit sein, bis die durch die separatistischen Gedankengänge irreführenden tschechischen Arbeiter sich wieder in der gemeinsamen Organisation mit ihren Kollegen der andern Landesparteien zusammenfinden werden.

Der Landeszentrale sind 64 Zentralverbände mit 4220 Ortsgruppen sowie 23 Lokalvereine angeschlossen. Die Gesamteinnahme dieser Gewerkschaften betrug im letzten Jahre 9 069 000 Kronen, die Ausgabe 9 171 000 Kr., der Kassenbestand 5 770 000 Kronen ohne den Solidaritätsfond der Landeszentrale. An Unterstützungen wurden aufwendet: 222 972 Kr. Reiseunterstützung, 1 403 068 Kr. Arbeitslosenunterstützung, 987 140 Kr. Krankenunterstützung, 329 976 Kr. Invalidenunterstützung, 266 952 Kr. Sterbegeld und 523 893 Kr. Notfallunterstützung. Ferner wurden für Rechtschutz 169 314 Kr., für die Fachorgane 1 206 849 Kr., für Bildungszwecke 251 311 Kr., für Agitation und Organisation 1 034 505 Kr., für persönliche Verwaltungskosten 932 179 Kr. und für Verschiedenes 982 386 Kr. ausgegeben. Den höchsten Vermögensbestand pro Kopf weisen die Metallarbeiter auf mit 306 Kr., dann folgen die Metallarbeiter mit 251 Kr. usw. Die Einnahmen pro Kopf berechnet, schwanken zwischen 99,84 Kr. bei den Buchdruckern und 15,25 Kr. bei den Textilarbeitern. Einige Gewerkschaften hatten noch eine niedrige Jahreseinnahme. Die Zahl der Fachblätter beträgt 117, davon 63 in deutscher, 34 in tschechischer, 12 in polnischer, 9 in italienischer, 6 in slowenischer, 2 in rufinischer und 1 in jüdischer Sprache. 17 Blätter erscheinen wöchentlich, 15 zweiwöchentlich, 7 dreimal, 47 zweimal und 31 einmal monatlich. Die Gesamtauflage beträgt allmonatlich 480 370 Exemplare.

Die separatistischen tschechisch-slowenischen Gewerkschaften zählen nach ihren eigenen Angaben rund 100 000 Mitglieder.

Kommunalpolitik.

Bürgermeisterwahl in Freiburg. Bei der gestern nachmittag vorgenommenen Wahl eines 2. Bürgermeisters von Freiburg wurde nach einer Vereinbarung unter den politischen Parteien der bisherige Bürgermeister von Ettlingen, Dr. Karl Hofner, mit 75 von 77 abgegebenen Stimmen gewählt. Der Grund- und Hausbesitzerverein und die Fortschrittliche Volkspartei enthielten sich der Wahl.

Der Bürgerausschuß von Lobsnau genehmigte einen außerordentlichen Holzhieb von jährlich 1400 Festmetern bis zum Jahre 1925 zum Zwecke der teilweisen Tilgung der Schulden von dem großen Brand im Jahre 1878 und zur Verwendung von Mitteln für ein neues Kinderschulgebäude, für Kanalisation und Schachthausbau.

Die Elektrizitätsversorgung von Wertheim. Die Stadtverwaltung, Wertheim beabsichtigt ein Elektrizitätswerk zu errichten und es in eigene Regie zu nehmen. Eine Umfrage unter der Einwohnerschaft ließ erkennen, daß sich zahlreiche hiesige Betriebe an das Werk anschließen werden und auch die Nachfrage nach Licht ist ziemlich groß. Der neue Stadtteil Festenberg wird kein Gas, sondern nur elektrisches Licht erhalten.

Das Gemeindefolgeium von Augsburg beschloß in geheimer Sitzung mit großer Mehrheit, von der Errichtung eines eigenen städtischen Elektrizitätswerkes abzusehen und wegen Lieferungs des Stromes für die Stadt mit den Beschweren in Gersthofen in Verbindung zu treten. Diese Maßnahme erfolgt wohl in Aussicht darauf, daß die Stadt mit der Verwirklichung des Waldenseeprojektes in Wäldern rechnet.

Gemeinderatswahlen in Hesse. Am Samstag sind in Dietesheim zwei Sozialdemokraten und ein Angehöriger des Zentrums zu Gemeinderäten gewählt worden. In Niedermodau eroberte erstmals die Sozialdemokratie drei Sitze im Gemeinderat. In Klein-Krohenburg wurden zwei Sozialdemokraten sowie ein Zentrumskandidat gewählt. In Gaijstadt siegte das Zentrum, wie zu erwarten war, überlegen.

Aus dem Lande.

Zurlach.

Bürgerausschüsse vom 28. Juli. (Fortsetzung.) Vorlage 6 betrifft Verkauf von 11 Kr 63 Quadratmeter Bau- und sonstiges Gelände zum Preis von 3614 Mk. an Herrn Architekten Sadberger auf Grund öffentlicher Versteigerung. — Vorlage 7: Erweiterung von 15 Kr 64 Quadratmeter Acker unten am Gröhinger Weg mit 140 Mk. pro Quadratmeter. Beide Vorlagen werden ohne Debatte einstimmig genehmigt. — Ebenso Vorlage 8 Verbeistellung der Stadtrechnungen pro 1911. — Vorlage 9 betrifft Herstellung der Schloßstraße als Ortsstraße. Dieselbe soll 12 Meter breit und mit beiderseitigen Gehwegen versehen werden. Der Aufwand ist mit 38 350 Mk. veranschlagt. — Dieselbe Angelegenheit betrifft Vorlage 10: Erlaß eines Gemeindefolgeiums zum Bezug der Anstößer der Schloßstraße zu den Straßenherstellungsstellen. Die dagegen erhobene Einsprache wird abgelehnt und beide Vorlagen einstimmig genehmigt. — Vorlage 11: Herstellung der Auerstraße als Ortsstraße mit einem Aufwand von 66 450 Mk. wird nach kurzer Debatte angenommen, ebenso Vorlage 12, die den Bezug der Anstößer dieser Straße zu den Straßenherstellungsstellen regelt. — In Vorlage 13 verlangt der Gemeinderat die Bewilligung eines Kredits von 6000 Mk. zur Herstellung eines Teils der Baselerstraße von der Garten- bis zur Imberstraße. Auch diese Vorlage findet nach unwesentlicher Debatte Annahme. — Vorlage 7: Bezug der Anstößer zu den Kosten der Källisfeldstraße, soweit dieselbe von der Stadt aufgewendet sind. (Die Hälfte des Aufwandes für den vorderen Teil der Straße trägt die Eisenbahnverwaltung, weil die Straße gleichzeitig auch als Zufahrtsstraße zum neuen Güterbahnhof dient.) Hier liegen eine größere Anzahl von Einsprachen vor, die nach längerer Debatte einstimmig abgelehnt werden. — In den Vorlagen 15, 16, 17, 18 und 19 werden Kredite angefordert in Höhe von 129 700 Mk. zur Herstellung der Straßen der Feststadt um das neuprojektierte Volksschulhaus herum, die Verwendungsdauer dieser Kredite ist teils auf 5, teils auf 6 Jahre festgesetzt. — Vorlage 20 regelt den Bezug der Anstößer in obigen Straßen zu den Straßenherstellungsstellen. Die sämtlichen Vorlagen werden einstimmig bewilligt. — Die Gesamthöhe der in der Sitzung bewilligten Kredite beträgt 865 400 Mk. Es soll zu ihrer Verteilung eine weitere Anleihe aufgenommen werden.

Bruchsal.

Bürgerausschüsse. (Unlesbar verpöbel.) Die am letzten Montag stattgefundene Bürgerausschüsse dürfte wohl die bestbesuchte gewesen sein, die je hier abgehalten wurde. Nicht nur die Mitglieder des Stadtparlaments waren fast vollständig vertreten, auch der Zuhörerraum ward dicht besetzt. Es waren nur zwei Punkte zu erledigen. Der erste Punkt betraf den Verkauf von Gelände in der Bannweide und die Anlage eines Industriegebietes. Fabrikant Bärenklau beabsichtigt, von der Stadtgemeinde 12 000 Quadratmeter Gelände für eine industrielle Anlage um den Preis von 50 Bsp. pro Quadratmeter zu kaufen. Außerdem soll daselbst ein Anschlußgleis errichtet werden, um das Gelände der Industrie zu erschließen. Weiter muß die Industrieertragsverlängerung werden, was einen Gesamtaufwand von 11 600 Mk. erfordert. Nachdem der Stadtverordneten-Vorstand die Vorlage empfohlen, wünscht Stadtrat Hofmann, daß man auch der Holzindustrie entgegenkomme und sie nicht in ihrer Ausdehnung beengen soll. Oberbürgermeister Stritt erklärt, daß die Gelände in keinem Zusammenhang stehen, worauf die Vorlage einstimmig angenommen wurde.

Als zweiter Punkt kam nun der **Neubau der Oberrealschule** an die Reihe. Es lagen zwei Anträge vor: einer von dem Stadtverordneten-Vorstand, der andere von einem großen Teil des Zentrums. In der Debatte beteiligten sich insbesondere Schulmänner aus verschiedenen Lagern. Die Mehrheit konnte sich nicht für einen Neubau erklären. Durchweg war man der Ansicht, daß ein Volksschulhaus für Mädchen viel notwendiger wäre. Von unserer Seite sprach Gen. Sirolla gegen das Projekt. Mit 86 gegen 17 Stimmen wurde der Neubau, wie bereits am letzten Mittwoch kurz berichtet, abgelehnt. Vom Stadtrat stimmten nur 5 oder 6 Mitglieder für das Projekt, so daß es unbegreiflich erscheint, wie diese Vorlage überhaupt vor das Plenum gelangte. Man wird sich nunmehr dazu verstehen müssen, das feierliche Gebäude auszubauen, was nicht nur in finanzieller, sondern auch in ästhetischer Beziehung besser sein dürfte.

Offenburg.

L. Ein Rittler überquerte gestern abend 7 Uhr unsere Stadt von Südwesten nach Nordosten in beträchtlicher Höhe. Derselbe war in kurzer Zeit am nördlichen Horizont verschwunden.

Das Militärflugfeld „L. 3.“ unternahm gestern vormittag eine militärische Aufklärungsflucht, welche glatt verlief. Auch gegen abend unternahm das Flugfeld eine Fahrt.

e. Achem, 31. Juli. Unter dem Verdacht, sich an schulpflichtigen Kindern heimlich vergangen zu haben, wurde der verheiratete Wädelmeister Bernhard Schneider vor etwa drei Wochen in Untersuchungshaft abgeführt, aber am selben Tage wieder auf freien Fuß gesetzt. Nun hat sich aber neuerdings das Verhaftungsmaterial derart gegen ihn angehäuft, daß er abermals in das Untersuchungsgefängnis abgeführt wurde.

1. Gengenbach, 31. Juli. Ein Unglücksfall ereignete sich heute mittag kurz vor 12 Uhr. Der mit Stammholz schwer beladene Wagen der Firma Läubert u. Felber hier kam am oberen Rollweg beim Ravillon an einer ziemlich steilen Stelle infolge Veragens der Bremsen in ein schnelles Tempo. Die Pferde vermodeten das Fuhrwerk nicht mehr anzuhalten; mit großer Geschwindigkeit sauste das Fuhrwerk den Rollweg, die Pferde vor sich schiebend, herunter und beim Ausgange des Weges, einer scharfen Kurve, geradewegs in den Gemüsegarten des Friseurs Engler, die Umzäunung mit sich reichend, wo der Wagen, sich tief in den Boden eingrabend, Halt machte. Die beiden sehr wertvollen Pferde sahen übel zugerichtet aus; außer gebrochenen Füßen und Rippen wiesen sie am ganzen Körper sonst noch schwere Verletzungen auf, sodaß sie sofort getötet werden mußten. Ein Glid ist es noch zu nennen, daß während des Unfalls keine Personen oder Fuhrwerke sich auf dem Rollweg befanden.

Heidelberg, 30. Juli. Die so glänzend verlaufenen historischen Schloßfeste haben einen erheblichen Fehlbetrag gebracht, der aber noch nicht genau festgestellt ist. Die vom Verkehrsverein und von der Stadt in Aussicht gestellten Garantiesummen werden zum Teil in Angriff genommen werden müssen. Die Einnahmen aus dem Fest belaufen sich auf rund 41 000 Mk. Der Besuch des historischen Schloßfestes von auswärts hat den Erwartungen nicht entsprochen; mit schuld daran dürfte die wenig günstige Witterung sein, die während der Aufreißungsstage geherrschte hat.

Eine Stiftung von 20 000 Mk. wurde der Stadt Heidelberg von Fabrikant Willi Pöfelfel und Gemahlin in Riga zur Ehrung des Andeutens der in jugendlichem Alter gestorbenen und im Heidelberger Erbgebäude belagerten Tochter gemacht. Die jährlichen Zinsen der Stiftung sollen dazu verwendet werden, um den ärmsten Kindern der Stadt die Stunden schwerer Krankheit zu erleichtern.

Schwesingen, 31. Juli. Der seit einigen Tagen vermisste 27jährige Kaufmann Fritz Beleh ist in Ranheim am Neckarufer gelandet worden. Er hat sich infolge eines langwierigen Leidens das Leben genommen.

Forstheim, 31. Juli. In Württemberg brach in dem Hause des Goldschmiedes Jozza Feuer aus, welches das Haus einschloß und ebenso Wohnhaus und Scheuer des Goldarbeiters Schüle. Der Gesamtschaden beträgt 15 000 Mk. Die Brandursache ist unbekannt.

Sasbach (N. Breisach), 31. Juli. Ein hiesiger Knecht erstickte einen eisernen Maß der elektrischen Hochspannung, um seinem Leben ein Ende zu machen. Vom elektrischen Strom getroffen stürzte er aus beträchtlicher Höhe herab und trug erhebliche Brandwunden davon. Der Zustand des anscheinend geistig nicht normalen Mannes ist sehr bedenklich.

Mestrich, 31. Juli. In Sentenhart wurde das Wohn- und Oekonomiegebäude der Witwe Wilmann durch Feuer vollständig zerstört. Man vermutet Brandstiftung.

Die Beerdigung von Prälat Dr. Lender. Die Gemeinde Sasbach, deren Häuser alle Trauerfahnen trugen, hatte wohl noch nie eine so große Anzahl Fremde zu Gast gesehen, wie gestern nachmittag, da man die herbliche Hülle des Prälaten Dr. Franz Lender zu Grabe trug. Um 4 1/2 Uhr bewegte sich der unübersehbar Trauerzug vom Trauerhause aus zur Kirche, woselbst das Totenoffizium abgehalten wurde, bei welchem Domkapitular Schein die Trauerrede hielt, in welcher er die vielen und großen Verdienste des Entschlafenen in warmen Worten rühmte. Wenige Minuten vor 4 Uhr bewegte sich sodann der Leichenzug nach dem nahen, stillen Sasbacher Friedhofe.

Der Leichenzug wurde eingeleitet von Schulkindern, den Militär-, Gesangs-, Handwerker- und Turnvereinen. Hinter dem Sarg schritt der Vertreter des Erzbischofs Monsignore Geistlicher Rat Fritz und neben ihm der Vertreter der Regierung Kultusminister Dr. Böhm. Dann folgten Abordnungen und die übergroße Zahl der ausmärtigen Teilnehmer. Nach der Einsegnung und den Gebeten wurden von zahlreichen Vertretungen Kränze niedergelegt. Aus den Ansprachen, die von sämtlichen Vertretern gehalten wurden, ging hervor, wie tief sich Dr. Lender durch sein sympathisches Wesen das Gebeten aller erworben.

Die neuen Garnisonen in Baden.

Die letzte Nummer der „Kommunalen Praxis“ bringt folgenden bemerkenswerten Artikel: Die Sehnsucht kleiner Städte nach einer Garnison ist in der neuen Militärabteilung in Erfüllung gegangen. In Baden sind es die Schwarzwaldborte Donauwiesingen und Bellingen mit einer Garnisonstärke von unter 10 000, die es jetzt zum Titel einer Garnisonstadt gebracht haben. Zu diesem Zwecke müssen die dritten Bataillone der Infanterie-Regimenter 169 (Bayr) und 170 (Obernburg), welche jetzt erst eingerückt werden, auf etwa 100 Kilometer von dem Regimentsstab entfernt garnisoniert werden. Die Regimenter liegen in der Rheinebene, ihre dritten Bataillone auf dem Hochplateau des Schwarzwaldes. Es scheint strategisch ein Kontrast zu sein, aber der Fürst von Donauwiesingen, der Hoflieferant des Kaisers, soll in seiner Fürstberg-Residenz nun einmal eine Leibwache haben. Und dafür läßt er die Stadt Donauwiesingen die Kosten durch Umlagen aufbringen, zu denen der durchlauchtige Besitzer der kaiserlichen Tafelgerätkauferei nur seinen geistlichen Beitrag leisten muß. Daß auch die Nachbarstadt Bellingen ein Bataillon erhält, dafür schreiben Zentrumsblätter das Verdienst dem Abgeordneten Duffner zu, der als Zentrumsmann diesen umrittrenen Schwarzwaldkreis in Berlin vertritt, während im vorigen Jahre in Bellingen bei den städtischen Wahlen das Zentrumsregiment eines schweren Einbuße erlitt. So soll denn die Garnisonierung eines Bataillons, wofür die Stadtliste gegen Vergütung die Kasernen, das Lazarett, den Exerzierplatz u. a. stellen muß, den kommunalen Aufschwung bringen!

Wie groß die Aufregung ist, welche auf den Wahn folgt, lehrt das Beispiel Offenburgs, einer Stadt von 16 000 Einwohnern, welche seit 14 Jahren Garnisonstadt ist. Sie hat nach der Vorlage des Stadtrats an den Bürgerausschuß vom 20. Mai ds. Js. nur allein für den Verwaltungsaufwand zum Garnisonlazarett seit dem Jahre 1908 aufgebracht 16 354 Mk. Die Schwefelstadt Bahr mußte in demselben Zeitraum für das dortige Militärlazarett (ohne die Ausgaben für die Unterhaltung der Gartenanlage) den Betrag von 27 968 Mk. aufbringen. Wenn man dazu die Reparaturkosten für die im Submissionswege hergestellten, sehr schlecht ausgeführten Bauten der Kasernen rechnet, die uns augenblicklich nicht genau vorliegen, so ergibt sich die feststehende Tatsache, daß die kleinstädtischen Umlagezahler oft für ihren Anteil, in einer „Garnisonstadt“ wohnen zu dürfen, recht große persönliche Geldopfer bringen müssen. Das Geschäftleben wird durch den Zugang fremder, nicht immer reell arbeitender Unternehmungen eher herabgedrückt als gehoben. Jede kleine Industrie bringt Vorteile gegenüber der Garnison. Letztere nicht der bestehenden Klasse nur dadurch, daß ihre zum Einjährigendienst zugelassenen Söhne ein bequemeres und billigeres Auskommen haben.

Preussische Fidelehaubenkultur.

Unter dieser Spitzmarke wird dem „Eisfasser“ in Straßburg folgendes Anekdote, das den bevorstehenden und annahmenden Geist des Militarismus treffend charakterisiert, mitgeteilt:

„Erlauben Sie mir, zu dem Kapitel Etsch-Lothringen in der Armee einen kleinen Beitrag zu liefern. Ich diene dort seit einigen Jahren in einem badiischen Infanterieregiment. Seit meiner Einstellung waren schon mehrere Monate verstrichen, und ich wollte zum erstenmal meine Eltern besuchen. Ich trat also beim Hauptmann an. Mit mir noch ein Gemeiner. Wir beide haben um Urlaub nach Wülhausen.“

„Was, du willst Urlaub nach diesem Nest? Nach, daß du los kommst, du Schwein!“ Fort war der andere.

„So, so, Einjähriger, Sie wollen nach Wülhausen? Wissen Sie auch, was das für eine Gegend ist? Sozialistische Arbeiter — schweißige Revolutionäre, anarchistisch angehauchte Industriestadt, dazu noch, hm, hm, efflässliche Kanalwässer. So'n Willeu für einen künigl. preussischen Einjährigen! Warum wollen Sie denn in das Nest?“

„Meine Eltern wohnen dort, Herr Hauptmann!“

„Was?! — Einjähriger, so'n Willeu ist nicht für'n jungen Soldaten. Sie gehen nicht nach Hause. Abtreten!“

Die betreffende Kompanie war die 2. im 5. badiischen Infanterieregiment Nr. 113, 14. Armeekorps, Freiburg i. Br.

Aus solchen Germanisationsbestrebungen wird das elsass-lothringische Volk mit Recht seine eigenen Schlüsse ziehen. Preussische Fidelehaubenkultur wird allerdings in einem solchen Willeu nicht gebühren.

Landwirtschaftliches.

L. Aus der Ortenau. Das Einzelwetter ist vorzüglich, so daß es den Landwirten gelingen wird, bis Ende der Woche die Ernte so ziemlich zu beendigen. Der Ertrag ist zufriedenstellend. Schlimm daran sind unsere Rebauern. Was der Frost noch übrig ließ, ging durch die wochenlange nächtliche Witterung zu Grunde. Der Rebsang wird mit jedem Tage weniger.

Ne...
i. G...
hoch...
gen...
habe...
Fus...
hr...
ke...
aus...
stellt...
urteilen...
In...
sch...
ab...
Gemein...
man...
ein...
zum...
ist...
die...
Gemein...
ver...
„oben“...
Gesch...
liebe...
nicht...
* J...
tag...
nach...
zum...
die...
treffen...
lungen...
für...
den...
aus...
Wochen...
tagen...
Gemein...
hören...
* S...
Stad...
Zeit...
Sch...
Die...
ver...
gme...
erwart...
Der...
Uebe...
mar...
herr...
men...
des...
Reich...
lichen...
die...
Beitrag...
rung...
Säm...
sicherung...
Ein...
Mark...
den...
sen...
rungs...
Das...
daß...
jeder...
ein...
betreff...
net...
wird...
oder...
gar...
Nach...
als...
Tag...
ange...
moche...
na...
so...
gilt...
moche...
bis...
e...
leb...
Woche...
weg...
e...
e...
die...
Eint...
später...
Stä...
auf...
das...
Zu...
Zus...
wert...
lungs...
* La...
gelang...
sch...
532...
auf...
und...
30...
wurden...
2...
gang...
An...
22...
an...
6...
ber...
zahl...
In...
Person...
nats...
dura...
unter...
1...
3...
trage...
im...
Laufe...
betrug...
15...
bezu...
* Ge...
Zug...
auf...
für...
Baden-Württemberg

* Wühl, 29. Juli. Die Frühweizenernte ist nunmehr in vollem Gange. Gestern waren bereits ca. 100-120 Zentner auf dem Markt und heute früh ca. 400 Zentner aufgefahren.

L. Die Amerikaner. Der Landwirt Ludwig Braun von Reichenbach wurde dieser Tage von der Offenburger Strafkammer wegen Anpflanzens von 1000 Stöcken Amerikanerweizen zu einer Geldstrafe von 20 M. verurteilt. Angefichts der Tatsache, daß dieses Jahr unsere einheimischen Weizen wieder, wie schon viele Jahre, kein Ertragsbringer sind, trotz aller Mühe und Kosten, ist es unbegreiflich, daß dieses Gesetz keine Aenderung oder Aufhebung erfährt.

* Vom Bauland. Die Grünenernte ist im Gange, doch liefert sie infolge des vielen Regenwetters quantitativ den denkbar geringsten Ertrag, während die Qualität prima ist.

* Aus dem Markgräflerland. Die Weizen haben unter dem nassen Wetter der letzten Zeit sehr gelitten, zumal der Saurewurm große Verheerungen angerichtet hat. Die Obst-ernte fällt ebenfalls sehr mager aus. Den größten Ertrag liefern die Apfelbäume, während andere Obstsorten teilweise ganz ausfallen. Dagegen bringt die Getreideernte einen vollen Ertrag. Auch Futtergewächse und Kartoffeln stehen außerordentlich schön.

* Die Einleitung einer Notstandsaktion. Das Präsidium des Badischen Bauernvereins hat beim Sr. Ministerium des Innern die Einleitung einer Notstandsaktion angeregt in ähnlicher Weise wie im Jahre 1911, und zwar im Hinblick auf die übergroße Käse- und die hierdurch verursachte allgemeine Schädigung der Landwirtschaft, als auch insbesondere mit Rücksicht auf die trostlose Lage, in die unser Nebbau durch den jetzigen Preisverfall im Anschluß an vorhergehende schlechte Jahre gerät.

Aus der Stadt.

Karlstraße, 1. August.

Umbau der Ruppurrerstraße.

Die Bürgergesellschaft der Südstadt hat unterm 5. Juli d. J. an den Stadtrat eine Eingabe gerichtet, in welcher gewünscht wird, daß die westlichen Vorgärten der Ruppurrerstraße eine Breite von 4 Meter (statt, wie vorgesehen, von 3 Meter) erhalten und das Profil der Straße um 1 Meter nach Osten verschoben werde, daß die größten und ältesten Bäume auf der Ostseite zurückgeschritten oder ganz beseitigt und durch junge Bäume ersetzt werde, daß die Einfassung der westlichen Vorgärten so hoch erstellt werde, daß nicht Kinder und Tiere beliebig in die Gärten eindringen können, daß einzelnen Eigentümern auf Ansuchen gestattet werde, ihre Vorgärten selbst anzulegen und zu unterhalten oder dieselben überhaupt offen zu lassen und endlich, daß der angebotene Preis für das abzutretende Vorgartengelände von 5 M. auf 10 M. erhöht werde. Diese Wünsche wurden in der Baukommission nochmals eingehend geprüft. Die letztere ist der Ansicht, daß an dem nach reiflicher Prüfung aller in Frage kommenden Gesichtspunkte gewählten Profil der Ruppurrerstraße festgehalten werden müsse, weil bei einer Verschiebung der Fahrbahn um einen Meter nach der Ostseite der städtische Bordstein zu nahe an die Bäume käme; sie ist ferner der Ansicht, daß die auf der Ostseite der Fahrbahn stehenden großen Bäume unbedingt erhalten werden müssen und daß es den einzelnen Eigentümern nicht überlassen werden kann, ihre Vorgärten selbst zu unterhalten, wenn anders man nicht sehr bald ungeordnete Zustände herbeiführen will. Ebenso hält die Baukommission eine Erhöhung der Einfassung nicht für erforderlich, da es sich sowohl in den hiesigen Anlagen als auch in denen aller großen Städte zeige, daß die niederen Einfassungen vollkommen genügen, um jene gegen Zerstörung zu schützen. Darüber, ob einzelnen Hausbesitzern zugestanden werden kann, den Vorgarten von ihrem Grundstück aus geschäftlichen Rücksichten ganz oder zum Teil zu beseitigen, sollte nach Ansicht der Kommission von Fall zu Fall entschieden werden. Bezüglich des angebotenen Preises von 5 M. pro Quadratmeter für das zu erwerbende Vorgartengelände ist die Baukommission der Ansicht, daß er in Verbindung mit der Unterhaltung der verbleibenden Vorgärten auf Kosten der Stadt, hoch genug ist und zudem mit dem in der Karlstraße bezahlten Betrag nicht verglichen werden darf, da in letzterer ganz andere Verhältnisse vorliegen. Der Stadtrat schloß sich in seiner letzten Sitzung der Ansicht der Baukommission in jeder Hinsicht an und beschloß, die dem Bürgerausschuß unterbreitete Vorlage über den Umbau der Ruppurrerstraße aufrecht zu erhalten, zunächst aber noch durch Anforderung der Mittel für die Anlage der Straßenbahn in der Ruppurrer- und Rottelstraße zu ergänzen.

Errichtung eines Volksschulhauses in der Oststadt.

Das städtische Hochbauamt legt eine nach den Wünschen der Schulkommission geänderte Skizze für die Errichtung eines Volksschulhauses am Lullaplatz (Oststadt) vor. Hier- nach soll nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, zuerst die halbe Platzfront (mit Seitensügel), sondern die ganze Platzfront (ohne Seitensügel) bebaut werden. Das Gebäude erhält 46 große Säle, 21 kleinere Nebenräume, 2 Turnhallen, 2 Bäder und 1 Schulküche, gegenüber dem früheren Projekte ein Mehr von 4 Verkaufsalen, 11 Nebenräumen, 1 Bad, 1 Küche und 1 Dienerräumung. Die Kosten erhöhen sich infolge der größeren Grundfläche und der Schaffung zweier Dienstwohnungen von 710 000 M. auf 752 000 M. Der Stadtrat erklärte sich in Uebereinstimmung mit der Baukommission mit der Ausführung dieses Projektes einverstanden und beauftragt das Hochbauamt mit der Ausarbeitung der Pläne und Kostenanschläge zwecks alsbaldiger Antragstellung beim Bürgerausschuß.

Kleines feuilleton.

Im „Heimgärtner's Tagebuch“ erzählt Moseger folgendes: Klein-Peter ist ein Freund von Heldengedanken. Er singt ihrer auch selbst, wobei er es übrigens mit dem Texte nicht besonders genau nimmt, wohl wissend, daß im Liede nicht das Wort die Hauptsache ist, sondern die Musik. So sang er da, während er mit Bausteinen eine Festung aufbaute, halblaut vor sich hin: „Du Mantua im Bade der drei Hosen sah.“ Sein Schwesterlein, das in der andern Stubenede die Puppe anleidete, schaute mit großen Augen auf das Brüderlein herüber: Und als dieses immer wieder trällerte: „Du Mantua im Bade der drei Hosen sah“, rief sie schallend drein: „Und buchst dich und wuschtest dich, und buchst dich und wuschtest dich.“ Klein-Peter machte sich anfangs nicht viel aus dieser Störung, als sie sich aber regelmäßig einstellte, so oft er das vom „Bade“ sang, machte er wohl merken, daß hier etwas nicht ganz richtig sei, stellte den Gesang ein und baute schweigend an seiner Festung weiter. Die kleine Satire aber in der anderen Stubenede lachte sich ins Häuschen.

Rintheim.

Am Samstag, 2. August, abends pünktlich 9 Uhr, findet im „Schwanen“ die Monatsversammlung des sozialdemokratischen Vereins statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Genossen Parteisekretär Trinks, „Der Aufmarsch der Parteien zur Landtagswahl“. Wir bitten die Mitglieder, mehr als bisher die Versammlung zu besuchen.

* Der im Januar dieses Jahres zum Arbeiterturnerbund übergetretene hiesige Turnerbund veranstaltet am nächsten Sonntag ein Sommerfest, verbunden mit turnerischen Auf- führungen, Musik und Gesangsvorträgen. Die hiesige Arbeiter- schaft sowie die Turngenossen und Arbeiter der Umgebung sind hierzu freundlichst eingeladen.

* Beiertheim. Der Arbeitergefangenenverein „Freiheit“ hält sein am 20. Juli wegen ungünstiger Witterung verschobenes Waldfest nunmehr am 10. August hinter der Grenadierkaserne ab. Wir erziehen die Arbeiter-schaft, ganz besonders unsere Brudervereine, auch unter Fest durch ihren Besuch verschönern zu helfen und bitten um ihre Mitwirkung und Unterstützung bei demselben.

* Belschneuren, 1. Aug. Am morgigen Samstag findet im „Feldschlösschen“ eine Radfahrer-Veranstaltung statt, in der zu dem Verbot der Benutzung des Fußwegs Stellung genommen werden soll. Auch der Gemeinderat ist zu dieser Versammlung eingeladen, er hat dann Gelegenheit, sich gegen die ihm gemachten Vorwürfe zu verteidigen.

* Während den Sommerferien wird auf Beschluß des Stadtrats den Schülern und Schülerinnen die Vergünstigung eingeräumt, daß sie an sämtlichen Vormittagen zu halben Preisen den Stadt- und Tiergar- ten zu besuchen und sich darin aufhalten können. Diese Regelung wird von den Beteiligten mit großer Freude aufgenommen werden.

Vergnügungen und Unterhaltungen.

* Arbeiterbildungsverein. Morgen (Samstag) abend halb 9 Uhr veranstaltet der Verein ein Stadtparkfest unter Mitwirkung des Musikvereins Harmonie, der Gesangs- und Turnabteilungen des Vereins und mit Tanz. Ausweise zum freien Besuch des Stadtparks sind für die Mitglieder bei dem Hausmeister des Vereins (Wilhelmstraße 14) zu erhalten. Am Sonntag, 3. August, gibt der Verein, nachmittags halb 4 Uhr beginnend, in den Räumen seines Hauses Wilhelmstraße 14 ein Kinderfest.

Die Affäre Krupp vor Gericht

Berlin, 31. Juli. Die Kriegsgerichtsverhandlung in der Krupp-Angelegenheit begann heute vor der Berliner Komman- dantur. Der Antrags zum Zuhörerraum war sehr stark, jedoch sind nur wenige Karten ausgegeben und selbst für die Inhaber dieser ist der Raum noch zu eng. Die Verhandlung beginnt pünktlich um 9 Uhr. Nach Aufruf der Zeugen und Sachverständigen werden die richterlichen Offiziere von dem Verhandlungs- führer, Kriegsgerichtsrat Dr. Goerrens vereidigt und alsdann in die Verhandlung eingeleitet. Der Vertreter der Anklage, Kriegsgerichtsrat Dr. W. E. L. beantragt im Hinblick darauf, daß die Angelegenheit in der Öffentlichkeit das größte Aufsehen erregt hat und daß man der Reichsregierung ein zweites Panama zugerechnet hat, die Verhandlung öffentlich zu führen. Bei Erörterung einzelner Punkte, deren Geheimhaltung im Interesse der Landesverteidigung liege, könne die Öffentlichkeit vielleicht vor- übergehend ausgeschlossen werden. Die Verteidiger widersprechen dem Antrage des Anklagevertreters an. In kurzer Beratung beschließt darauf der Gerichtshof, in öffentlicher Sitzung zu verhandeln und davon nur in den Fällen abzugehen, deren Geheimhaltung im Interesse der Landesverteidigung geboten ist. — Ein Staatsanwaltschaftsrat vom Landgericht 1 und ein Geheim- Oberregierungsrat aus dem Reichsamt des Innern wohnen dienstlich der Verhandlung bei. Darauf beginnt die Vernehmung der Angeklagten.

Zunächst des Angeklagten Kiliau. Dieser gibt auf Befragen des Verhandlungsführers zu, daß ihm die Geheimhaltung aller dienstlichen Angelegenheiten zur Pflicht gemacht wurde. Er habe nicht das Bewußtsein gehabt, etwas Unrechtes zu begehen, wenn er dem Brandt mitteilte, welche Aufträge an Kriegs- material in Aussicht ständen und welche Offerten seitens der Krupp'schen Konkurrenz vorlägen. Geldgeschenke habe er nicht angenommen, nur einige Male sich Geld geliehen und in Lokalen teilweise frei halten lassen. Auf die Vorhaltung des Verhand- lungsleiters, daß er sich doch fragen mußte, daß die Vergebung von Lieferungen im Interesse der Seeresverwaltung geheim zu halten sei, erwidert der Angeklagte, er habe das Bewußtsein nicht gehabt. Des Weiteren befreit der Angeklagte, dem Brandt Mitteilungen über die Preise der Krupp'schen Konkurrenz gemacht zu haben. Ebenjowenig habe er annehmen können, daß die der Firma Krupp gemachten Mitteilungen zur Kenntnis einer fremden Macht gelangen konnten. Die Angeklagten Schleuder und Hinfel erklären ebenfalls, sie hätten nicht geglaubt, etwas Unrechtes zu begehen, zumal Brandt über Anschaffungen usw. ziemlich eingehend unterrichtet war.

Die Vernehmung des Angeklagten Hinfel war sehr ein- gehend. Er erklärte, Brandt habe nur seine Auslagen für ihn gezahlt, da er weder den Einladungen Brandts Folge leistete, noch Ausgaben hatte. Es seien aber höchstens 200 M. im ganzen gewesen. Hinfel sagt ebenfalls aus, daß Brandt stets über die Konstruktions des Kriegsmaterials, die Ausschreibungen und die Preise eingehend unterrichtet war. Am allernächsten konnte er annehmen, durch Mitteilung an die Firma Krupp eine Gefährdung der Landesverteidigung herbeizuführen. Auf Anfrage eines Verteidigers bestätigt der Angeklagte, daß eine Verfügung ergangen sei, den Vertretern der Firma besonders entgegenzu- kommen. — Sachverständiger Hauptmann v. Gronemann er- klärt: Im Jahre 1904 sei eine Verfügung ergangen, in der allen Beamten die strengste Geheimhaltung hinsichtlich der Aus- schreibungen von Kriegsmaterial zur Pflicht gemacht wurde. Diese Verfügung sei den Beamten mehrfach zur Kenntnis ge- bracht worden. Der Angeklagte Schmidt erklärt, er habe wohl bei einigen Mitteilungen Bedenken gehabt, in solchen Fällen auch Stillschweigen beobachtet. Im ganzen habe er von Brandt 20 M. erhalten. Dieser habe ihm auch eine Anstellung bei Krupp versprochen. Das habe ihn aber nicht veranlaßt, dem Brandt Mitteilungen zu machen. Er habe jedenfalls nicht das Bewußtsein gehabt, Verrat zu begehen. In ganz ähnlicher Weise äußern sich die Angeklagten Dräse und Hoge. Dieser befreit, daß das Buch, in das er Brandt Einsicht gestattete, geheimzuhaltende Dinge enthielten hätte. Hierzu bemerkt der Verhandlungsleiter, daß über diese Dinge später in nicht- öffentlicher Sitzung verhandelt werden würde. Der Angeklagte erklärt auf Befragen des Verhandlungsleiters, es sei allerdings die Geheimhaltung aller Dienstangelegenheiten zur Pflicht ge- macht worden. Brandt war aber über alle Dinge besart unter- richtet, daß er nicht glauben konnte, etwas Unrechtes durch die Mitteilungen an Brandt zu begehen.

Verhandlungsleiter: Wenn Brandt alles wußte, dann hätte er es doch nicht nötig gehabt, Ihnen und den anderen Angeklagten nachzulaufen um um Mitteilungen zu bitten.

— Angeklagter: Ich habe lediglich Brandt Mitteilungen über die Konstruktions eines Geschützteiles gemacht, d. h. Brandt fragte mich, ob die Zusammensetzung dieses Geschützteiles, wie er sie angab, richtig sei. Das habe ich ihm bestätigt. — Ver- handlungsleiter: Sie mußten sich aber doch fragen, daß Ihre Mitteilungen oder auch nur Bestätigungen die Landes- verteidigung auf das schärfste gefährden könnten. — Ange- klagter: Das konnte ich nicht annehmen, zumal Brandt über alle Dinge auf das genaueste unterrichtet war. — Ver- teger Hauptmann v. Langendorff: Sie mußten sich aber doch auch, wenn Sie nur die Ansicht über die Zusammensetzung eines Geschützteiles dem Brandt bestätigten, fragen, daß eine fremde Macht ihre Schlüsse über die Zusammensetzung ziehen konnte. — Angeklagter: Das konnte ich nicht annehmen. Der Angeklagte erklärt ferner auf Befragen, er habe von den Brandt gemachten Mitteilungen keinen Nutzen gehabt. Er habe es grundsätzlich abgelehnt, sich auch nur ein Glas Bier zahlen zu lassen. Nur einmal, als seine Mutter einen Unfall hatte, habe er Brandt, da er in Not war, um 1000 M. ersucht, da Brandt sich rühmte, ein Einkommen zu haben, welches das eines Regimentskommandeurs bei weitem überstiege. Er habe aber dieses Geld Brandt pünktlich zurückgegeben. Auf Befragen des Rechtsanwalts Dr. Barna bemerkt der Ange- klagte, er habe angenommen, die Firma Krupp sei bei den Behörden derart angeschrieben, daß er glauben mußte, es würde kein Staatsgeheimnis verraten, wenn der Firma etwas mit- geteilt würde. Brandt habe ihm mitgeteilt, daß er von hohen Offizieren im Reichsmarineamt und Kriegsministerium Mit- teilungen erhalte und habe ihm auch verschiedentlich erzählt, so daß er daran nicht zweifeln konnte.

Einem anderen hätte er niemals derartige Mitteilungen gemacht. Er wußte aber, daß Brandt 2 1/2 Jahre lang der selbst- ständige Leiter der Berliner Filiale der Firma Krupp gewesen sei. Er habe ihm außerdem mitgeteilt, daß er in Essen eine ganz hervorragende Stellung bekleidet habe. Brandt war auch über alle Dinge, über die Preise der Konkurrenz bei Aus- schreibungen und Lieferungen so gut unterrichtet, daß er glaube, ihm nichts neues erzählen zu können. — Ein militä- rischer Sachverständiger will sich sodann über die Geheim- haltung der Geschützteile äußern. Der Verhandlungs- leiter bemerkt jedoch, daß dies später in geheimer Sitzung geschehen werde.

Der letzte Angeklagte, Militärintendantursekretär Pfei- fer vom Kriegsministerium, erzählt, er sei Jugend- und Schül- freund des Brandt und habe mit diesem freundschaftlich ver- kehrt. Brandt habe bisweilen auch einige Bechen für ihn be- stellt. Er habe ihm einige Mitteilungen gemacht, die er für vollständig belanglos hielt. Die Verfügung an alle Beamte des Kriegsministeriums, in allen Dienstangelegenheiten strengstes Stillschweigen zu bewahren, habe er gekannt. Er sei infolge Krankheit in seiner Familie in einer Notlage gewesen. Er habe sich aber um ein Darlehen nicht an Brandt, sondern an die Darlehenskasse gewandt und habe auch die erhaltenen Darlehen prompt an diese zurückgezahlt. Hätte er geglaubt, dem Brandt wichtige Sachen zu liefern, dann würde er sich eher an Brandt um ein Darlehen gewandt haben. Er sei von Brandt mehrfach zu Festlichkeiten eingeladen worden, habe aber stets abgelehnt, mit dem Bemerkten, daß seine Verhältnisse ihm eine solche Beteiligung nicht gestatteten. Der Vorsitzende hält dem Ange- klagten vor, daß er dem Brandt Mitteilungen aus einem längeren Bericht gemacht habe, den er nur im Kriegsministerium abschreiben konnte und der Staatsgeheimnisse im strengsten Sinne enthielt. Auch habe er dem Brandt Auszüge aus dem Etat des Kriegsministeriums gemacht. Darüber werde aber erst in nichtöffentlicher Sitzung verhandelt werden.

Der Sachverständige, Hauptmann Gronemann, teilt darauf mit, daß er sofort festgestellt habe, es seien zwei Verfü- gungen erlassen worden, wonach den militärischen Beamten strengstes Schweigen über Lieferungen von Kriegsmaterial zur Pflicht gemacht wurde. Es sei in den Verfügungen, die meh- rere von neuem zur Kenntnis der Beamten gelangten, ausdrück- lich hervorgehoben, daß sie auch ihren ehemaligen Kameraden oder Studienfreunden keinerlei Mitteilungen machen dürften. Ferner ist festgestellt, daß der Firma Krupp bei den Militärbe- hörden in keiner Weise eine bevorzugte Stellung eingeräumt worden sei. Es soll nunmehr zur Erörterung der einzelnen Berichte übergegangen werden. Auf Antrag des Vertreters der Anklage beschließt der Gerichtshof, während dieses Teiles der Verhandlung die Öffentlichkeit auszuschließen, da durch die Öffentlichkeit der Verhandlung eine Gefährdung der Landes- verteidigung zu besorgen sei. — Der Verhandlungsleiter be- merkt den Vertretern der Presse, daß heute die Sitzung nicht mehr öffentlich sein wird. Morgen vormittag 9 Uhr werden die Verhandlungen vorwiegend in öffentlicher Sitzung fortgesetzt werden.

Neues vom Tage.

Die Ludwigshafener Kassenräuber.

Luxemburg, 31. Juli. Aus Esch an der Ailette wird des „Nacht“ gemeldet, daß heute nachmittags die beiden Kassen- räuber, die in Ludwigshafen in die Badische Anilin- und Sodafabrik eindrangen, erkannt worden waren. Zwei Gen- darmen machten sich auf ihre Verfolgung und trafen einen von ihnen in einem Konfektionsladen, wo er sich einen neuen Anzug kaufte. Der Verbrecher feuerte auf die Beamten und verletzte einen derselben am Arm. Der andere Gen darm zog dann seinen Revolver und streckte den Verbrecher durch einen Schuß in den Rücken nieder, so daß er auf der Stelle tot war.

Zum Mord im D-Zug.

Berlin, 1. Aug. Gestern abend ist ein Schloffer namens Keller verhaftet worden, der in dem Verdachte steht, den Raubmord in dem D-Zug Frankfurt-Darmstadt an dem Kaufmann Brecher begangen zu haben. Nach dem „Ber- liner Tageblatt“ hatte der Verhaftete mehrere tausend Mark bei sich, über deren Herkunft er sich nicht ausweisen konnte, und die zweifellos dem ermordeten Kaufmann Brecher ge- hört haben. Auch die „Berliner Morgenpost“ hat eine der- artige Nachricht erhalten, doch erklärt sie, eine Bestätigung sei bis zur späten Nachstunde nicht zu erlangen gewesen.

Examen-Schwindel.

Berlin, 31. Juli. Auf Veranlassung der Staatsanwalt- schaft wurde gestern vormittag bei mehreren Rechtsanwält- tern eine Haussuchung vorgenommen, da der bringende Verdacht be- stand, daß sie für Referendare gegen Entgelt ihre schrift- lichen Arbeiten zum Assessor-Examen angefertigt hatten, die jene dann als eigene Arbeiten der Kommission einreichten. Die Hausdurchsuchungen haben namentlich bei jüngeren Rechtsan- wält- tern umfangreiches Material zu Tage gefördert, durch das sich der Verdacht vollaus bestätigte. Gegen die Beteiligten wird das gerichtliche Verfahren eingeleitet werden.

Vom Schlachtfeld der Arbeit.

Dagen i. Westfalen, 31. Juli. In Dolar bei Fredeburg stürzte beim Neubau einer katholischen Kirche ein Gewölbe-

hogen ein. 4 Arbeiter stürzten ab. 2 von ihnen wurden getötet, die beiden andern wurden schwer verletzt.

Köln, 31. Juli. In der Versuchsabteilung der Gasmotorenfabrik Deutz ist heute vormittag eine Explosion erfolgt. Ein Ingenieur ist den erlittenen Verletzungen bereits erlegen; ein Arbeiter ist schwer verletzt.

Dampferzusammenstoß.

London, 31. Juli. Der Panzerkreuzer „King Alfred“ ist auf hoher See bei Kap Spurn-Head mit dem spanischen Dampfer „Umha“ zusammengestoßen. „Umha“ sank augenblicklich. Die 25 Mann starke Besatzung wurde durch den „King Alfred“ gerettet. Taucher untersuchten den Panzerkreuzer.

Anatomen-Kongress.

Genf, 31. Juli. Unter dem Vorsitz des Professors Bagnion als Präsidenten trat heute in Palais Rumine in Lausanne zum 15. Jahreskongress die internationale Vereinigung der Anatomen zusammen. Ueber 75 Teilnehmer, 25 Berichte und 5 Demonstrationen war angemeldet, darunter von den Professoren Löwenthal, Duisberg, Bagnion, Popoff u. a.

Hitze in Amerika.

New York, 31. Juli. Ueber die westlichen und die Zentralstaaten nach Osten hin ist eine Hitzeperiode gezogen. In Chicago ereigneten sich 20 Todesfälle, in Cleveland 12, in New York 4. Auch in anderen Städten sind mehrere Personen an Hitzschlag gestorben.

Unfälle.

Cincinnati, 31. Juli. Während eines Motorradrennens stieß ein Mitfahrer namens Johnson an den Träger einer elektrischen Lampe. Der Benzinbehälter seines Fahrzeuges explodierte. Johnson selbst und eine zweite Person verbrannten. 6 Personen wurden tödlich und 11 schwer verletzt.

Letzte Nachrichten.

Zur Lage in Transvaal.

Johannesburg, 1. Aug. In der Versammlung der Gewerkschaftsverbände wurde eine Resolution angenommen, in der erklärt wird, daß im gegenwärtigen Augenblick kein Generalstreik verkündet werden solle, sondern daß die Arbeiter sich zur Abstellung der Unzulänglichkeiten auf ihre Organisationen verlassen sollen.

Der neue Balkan-Krieg.

Waffenstillstand.

Athen, 31. Juli. Wie das Ministerium des Neuhern mitteilt, haben die militärischen Delegierten in Bukarest die Einstellung der Feindseligkeiten einstimmig unter der Bedingung beschlossen, daß die Demarkationslinie, die durch weiße Fahnen gekennzeichnet wird, in gleicher Entfernung von den am 31. Juli, mittags, von den gegenseitigen Vorkosten besetzten Linien festgelegt wird. Der Waffenstillstand beginnt am 31. Juli, mittags 12 Uhr, und dauert 5 Tage. Die Kriegführenden werden sich die getroffenen Bestimmungen gegenseitig mitteilen, damit auf allen Punkten die Feindseligkeiten gleichzeitig aufhören. Die Hauptquartiere werden dringend benachrichtigt werden, um die notwendigen Befehle erteilen zu können.

Die Serben siegen weiter.

Belgrad, 31. Juli. Die serbischen Einschließungslinien haben sich der Festung Widdin bis auf 2 Kilometer genähert. Die Serben haben Novojele, ganz dicht bei Widdin, eingenommen. Dicht an der alten Grenze im Angesicht von Blajina veruchten die Bulgaren in einer letzten Anstrengung drei Stürme auf den rechten Flügel. Der Feind wurde zurückgewiesen und erlitt beträchtliche Verluste. Die bulgarische Armee ist vollständig erschöpft durch die letzten Anstrengungen und steht vor der vollständigen Auflösung.

Friedensstägung.

Bukarest, 1. Aug. Die zweite Sitzung der Friedenskonferenz fand gestern nachmittags 4 Uhr statt. Vorher hatten die rumänischen Delegierten in einer vertraulichen Konferenz endgültig die Punkte an der Grenze, deren Abänderung von Rumänien verlangt wird, topographisch festgelegt. In der Plenarsitzung stimmte die Konferenz dem Protokoll der vorhergehenden Sitzung, das von allen Delegierten unterzeichnet wurde, zu. Am Abend arbeitete die bulgarische Mission mit den rumänischen Delegierten im Ministerium des Neuhern, um die rumänisch-bulgarische Frage zu erörtern. Heute früh werden die Delegierten der Verbündeten mit den bulgarischen Abgeordneten arbeiten und nachmittags 4 Uhr wird wiederum eine Plenarsitzung der Konferenz stattfinden.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Arbeiter-Madefahrtbund „Solidarität“.) Samstag, 2. August, abends halb 9 Uhr, im Lokal Monatsversammlung. Sonntag, 3. August, Beteiligung am Gartenfest der Sektion Müppurr. Abfahrt mit Musik punkt halb 2 Uhr vom Lokal. Es wird um zahlreiche Beteiligung ersucht. 2514

Karlsruhe. (Brauerei- und Mühlenarbeiter.) Samstag, den 2. August, abends 8 Uhr, im „Mehlhafen“ Sitzung der Vertrauensleute und Hilfskassierer. Die Fragebogen betr. Milchgenossenschaft sind bestimmt abzuliefern. 2499

Karlsruhe. (Naturfreunde.) Sonntag, 3. August: A. Tages-tour: Steinbach, Eichenal, Schartenberg, Ibers, Burzgartentopf, Sauerberg, Baden. Abfahrt 5 Uhr Hauptbahnhof nach Steinbach. Fahrpreis 1,55 Mk. Gehzeit 5 Stunden. — B. Halbtagstour: Dornklamm, Grünwettersbach, Thomashof, Rittnerwald, Turmberg, Durlach. Abmarsch halb 2 Uhr „Tivol“.

Diesigen Genossen, welche die Schweizer Tour mitmachen, werden ersucht, heute abend betr. Information im Lokal zu erscheinen. 2510

Rintheim. (Sozialdem. Verein.) Am Samstag, 2. August, abends pünktlich 9 Uhr, Monatsversammlung. 2498

Beierheim. (Arbeitergesangverein „Freiheit“.) Die Sänger treffen sich Samstag, 2. August, abends 8 Uhr im Lokal zwecks Erbringung eines Mitgliedes. Wir ersuchen um zahlreiches Erscheinen. 2512

Durlach. (Arbeitergesangverein „Freundschaft“.) Sonntag, den 3. August, in der „Krone“ Gartenfest, wogu die Mitglieder sowie Freunde und Gönner des Vereins freundlich eingeladen sind. 2516

Oberkirch. (Sozialdem. Verein.) Samstag, halb 9 Uhr, Mitgliederversammlung. Wegen wichtiger Besprechung wird vollständiges Erscheinen erwartet. Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen. 2513

Unserer heutigen Nummer liegt für Durlach und Umgebung ein Prospekt der Firma Paul Borchard, Hauptstraße 56 in Durlach, bei, worauf wir unsere Leser aufmerksam machen.

Für die heiße Jahreszeit!
Sodawasser und Limonaden



Verlangen Sie Ihre Sirkonade nur in Flasche mit Nies-Verschluß

Alleinverkauf für Pforzheim u. Karlsruhe:

Pfannkuch & Co.

G. m. b. H.

Sodawasser

5, die 1/2 Liter-Flasche Inhalt 5, 12, die 1/4 Liter-Flasche Inhalt 12

Simonaden

mit Himbeer- oder Zitronen-Geschmack 10, die 1/2 Liter-Flasche Inhalt 10, 25, die 1/4 Liter-Flasche Inhalt 25

Neu eingeführt:

Yoghura

ein vorzügliches alkoholfreies Erfrischungsgetränk, das durch seinen Gehalt an Milchsäure den Körper sehr günstig beeinflusst.

10, die 1/2 Liter-Flasche Inhalt 10, Preise ab Filialen oder von 20 Flaschen ab frei Haus gegen sofortige Kasse.

Die Flaschen müssen in jedem Falle mit 10 bezu. die großen mit 20 Pfennig in bar hinterlegt werden und werden ebenso zurückgenommen; sie bleiben, da geschätzt, unser Eigentum.

Verlangen Sie nur Flasche mit Nies-Verschluß.

Ferner: Diverse 1658

Mineralwasser

Himbeerjast

garantiert rein, in Flaschen zu 60, 75, 1.25, 1.70, offen per Pfund 60

Zitronensaft

Flasche 35 und 60

Brause-Limonade-Bonbons in verschiedenen Geschmacksarten per Würfel 5 und 2

Frische Zitronen

Stück 5, 6 und 7

Pfannkuch & Co.

G. m. b. H.

in den bekannten Verkaufsstellen

Besonders günstige Gelegenheit zum Einkauf von

Schuhwaren

die niemand versäumen soll.

- Preiswerte Militärtuch-Damen-Pantoffel mit Absatzfleck jetzt nur 69
- Leder-Damen-Pantoffel genäht, braun und schwarz, mit Absatzfleck jetzt nur Mk. 1.98
- Elegante Lackleder-Damen-Halbschuhe mit modernem Einsatz jetzt nur Mk. 4.98
- Echt Chevreaux-Damen-Halbschuhe Derbyschnitt, amerik. Absatz jetzt nur Mk. 5.90
- Echt Chevreaux-Herren-Hackenstiefel ohne Seitennaht, bequeme elegante Form jetzt nur Mk. 5.95

Einzelpaare werden teilweise bedeutend unter dem Einkaufspreis verkauft.

C. Korintenberg Karlsruhe

Kaiserstrasse 118.

Einmalige Anzeige!
Grosser

Inventur-Ausverkauf

nur
von heute bis 9. August.

Große Preisermäßigungen
Doppelte Marken

oder
10% Bar-Rabatt 10%

Eine unübertreffliche, nur einmal im Jahre stattfindende Gelegenheit, wirklich gute Qualitäten ganz abnorm billig einzukaufen; für Brautleute ganz besonders zu empfehlen.

Joh. Hertenstein

Inh.: Fr. Kuch. — Herrenstraße 25.

Große Vorräte sind noch vorhanden in:

Kleider- und Blusen-Stoffen, Herren-Anzug-Stoffen, Wollmousselines, Zephir, Stickerei-Stoffen, Batisten, Leinen- und Baumwoll-Waren, Aussteuer-Artikel, Gardinen, Woll-Decken, Tisch-Decken, Bett-Vorlagen, Trikotasen, weisse und farbige Wäsche, Schürzen, Taschentücher usw. 2485
Herren- und Knaben-Konfektion: Anzüge, Sport- und Touren-Anzüge, Bozener Wetter-Mäntel, Pelserinen, blaue und schwarze Laster-Saccos, Loden-Joppen, Leinen-Joppen, Hesen, Arbeits-Anzüge, Knaben- und Jünglings-Konfektion.

Besichtigen Sie bitte meine 10 Schaufenster.

Männergesangsverein Karlsruhe

Auf zum Waldfest

hinter der Grenadier-Kaserne am Sonntag den 3. August, nachmittags 3 Uhr, bei günstiger Witterung.
Zu demselben laden wir unsere verehrl. Mitglieder mit Familie, sowie Freunde und Gönner unseres Vereins zu zahlreicher Beteiligung freundlichst ein. Für gute Speisen und Getränke, ff. Moninger Bier (Glas 10 Pfg.) und Unterhaltungsspiele ist bestens gesorgt. Zusammenkunft und Abmarsch um halb 3 Uhr am Lindenheimer Tor mit Musik nach dem Platz hinter der Grenadierkaserne.
Der Vorstand.

Gleichzeitig machen wir unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß der Verein am 24. August das Festspiel in Dettigheim besucht. Die Mitglieder haben Preisermäßigung. Bitte zum Einzeichnen liegt im Vereinslokal auf. 2503

Holzhandlung Joh. Kotterer,
Marienstr. 60 :: Teleph. 3222
empfiehlt alle Dimensionen Bretter in Tannen, Fichten, Buchen, Eichen, Erle, Birnbaum sowie Falzbretter, Stabretter, Verkleidungen, Rahmenschenkel, Latten usw. roh und gehobelt. 2909

Besucht den Ausverkauf Adlerstrasse 18a

da finden Sie eine grosse Auswahl in Herren- und Knaben-Anzüge und Hosen und sämtl. Arbeitskleider für jeden Beruf zu staunend billigen Preisen. 2501

Neue spanische Weinhalle

Restaurations z. Alten Fritz Wilhelmstrasse 13.
Empfehle meine naturreinen deutsche, sowie spanische Weine, per Liter v. 70 Pfg. an, bei Abnahme von 10 Ltr. entsprechend billiger, ff. Moninger Bier, hell und dunkel. Kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit, guten bürgerlichen Mittag- und Abendessen in und ausser Abonnement.
Eigene Schlachtung. Wozu höfl. einladet Karl Ritter.
NB. Den titl. Vereinen seien meine geräumigen Nebenzimmer empfohlen. 1157

Zimm. r unmöbl., von allein-lehender Frau zu mieten e acht. Offerten unter 2500a an d. „Volksfreund“ erb.

Billig zu verkaufen: schönes Sofa, neu bezogen, 22 M., pol. Chiffonier 20 M., gutes, faub. Bett 25 M. Kaiserstr. 48, Hof. 2509

Durlach.
Donnerstag Freitag Samstag

Schluss-Tage des Saison-Ausverkaufs

Nochmalige Preisreduktionen!

Zwecks vollständiger Räumung kommen grosse Posten Herren-, Damen-, Kinder- und Mädchen-Stiefel zu Verlustpreisen zum Verkauf.

Als ganz besonders riesig billig ein grosser Posten braune Damenhalbschuhe früher 8.50, jetzt 4.50.

Schuhhaus z. billigen Quelle

Emil Schwarz, Hauptstraße 69.
Sonntags geöffnet von 8 bis 9 und von 11 bis 2 Uhr.

Sommer-Theater.

Direktion Fr. Grunwald.
Sente
Freitag, den 1. August, abends 8^{1/2} Uhr. 2505

Hoheit tanzt Walzer.

K. F.-C. Phönix

(Phönix-Alemannia) e. V.
Sportplatz links d. Rheintalbahn entlang. — Telephon 1338.
Sonntag, den 3. August 1913, nachmittags 2^{1/2} Uhr internes Sportfest verbunden mit Austragung der Klubmeisterschaften.
Mittwoch, den 6. August 1913, nachm. 4 Uhr Generalversammlung der Junioren im Klubhaus.

Voranzeige!

Sonntag, den 10. August 1913, 1. Mannschaft in Mühlburg.

Fussball-Club Mühlburg

Verein für Rasenspiele
e. V. — Gegr. 1905.
Mitgl. d. Verb. südd. Fussball-V.

Sonntag, den 30. Juli 1913: Spieler-Versammlung.

Sonntag, d. 3. August 1913: 2. Mannschaft in Hagenau. Abfahrt 12.20 Uhr.

A.H. Knielingen A.H.

auf unserem Platze.
Sonntag, d. 10. Aug. 1913: Grosse „Liga-Spiele“

um den von den Einwohnern Mühlburgs gestifteten Pokal zwischen

F.-C. „Phönix“ Karlsruhe, F.-C. „Phönix“ Ludwigs-hafen, F.-C. „Platz“ Ludwigs-hafen und F.-C. Mühlburg. 2504

„Turnerbund“ R. = Rintheim.

(Mitglied des „Arbeiter-Turnerbund“).
Am Sonntag, den 3. August findet unser diesjähriges

Sommer-Fest

auf unserm Turnplatz an der „Rintheimerstrasse“, verbunden mit turnerischen Aufführungen, Musik und Gesang statt. Hierzu laden wir unsere verehrl. Mitglieder und Brudervereine, sowie Freunde und Gönner unserer Turnfeste freundlichst ein. 2508

Die unentgeltl. ärztl. Beratung f. Lungenkranke

bleibt in den Monaten August und September geschlossen. Die nächste Beratungsstunde wird i. Z. bekannt gegeben.
Der Vorstand des Ortsverbandes des Deutschen Vereins für Lungenkranke.
Bad. Frauenverein, Abteilung V. 2518



e. V.
Heute abend im Klubhaus Spieler-Versammlung.

Sonntag den 3. Aug. 1913, auf unserem Platze: 2 Uhr: Maximiliansau I geg. Frankonia III.

1/4 Uhr: Protestspiel Beierheim I gegen Frankonia I. Der freie Eintritt für Mitglieder ist aufgehoben. 2506

Beleidigungszurücknahme.

Unterzeichnete nimmt die Beleidigung, die sie gegen Frau Beit Witw. getan hat, als un-wahr zurück. 2515

Frau C. Schaub, Rudolfstr. 18.

Billig zu verkaufen: 2 fast neue Bettstätten, 1,82: 0,92 m. Augartenstr. 55, 3. St. 2500

Zu verkaufen: faub. Bett mit Federbett, 25 M., großer Küchenschrank 10 M., Badstisch wie neu, 6 M., Sopha, Obelstisch, Stühle ganz billig. 2511

Ludwig Wilhelmstr. 18, Stb. p.

Städt. Badenanstalt (Vierordtbad) Karlsruhe.

Medizinische Bäder.

Fichtennadel-Salz (Rappenauner oder Stassfurter).

Mutterlauge u. Schwefel- (Thiopolin)-Bäder.

Badezeiten an Werktagen: Vormittags 1/2 8 Uhr bis 8 Uhr abends.

Auch über Mittag geöffnet.

An den Samstagen bis 9 Uhr. 15
Sonntags 1/2 8-12 Uhr.

Deutscher Metallarbeiterverband

Verwaltung Karlsruhe.

Am Sonntag, den 3. August 1913, in der Zeit zwischen 10 bis 12 Uhr vormittags, findet in nachstehenden Orten und Lokalen die Wahl eines Delegierten zum

auserordentlichen Verbandstag

in Berlin statt:

- Karlsruhe im Büro, Markgrafenstr. 26.
- Mühlburg im „Saalbau“, Bachstraße.
- Bretten im „Eigel“.
- Bruchsal in der „Fals“.
- Durlach im „Lamm“.
- Ettlingen im „Löwen“.
- Rastatt im „Napfen“.
- Gaggenau in der „Volkshalle“.
- Baden-Baden im „Bratwurkglöckchen“.

Wir ersuchen unsere Mitglieder sich zahlreich an der Wahl zu beteiligen.

Wählen kann jedes Mitglied, das nicht über 6 Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande ist.

Wer wählen will muß sein Mitgliedsbuch zur Wahl mitbringen.

Jedes Mitglied muß seinen Namen selbst bei der Wahl in die Wählerlisten eintragen.

Bei der kurzen Zeit, welche zur Vorbereitung der Wahl zur Verfügung stand, war es nicht möglich in allen Orten Wahllokale zu errichten.

Wir ersuchen unsere Kollegen in den ländlichen Bezirken sich an vorstehenden Orten an der Wahl trotzdem stark zu beteiligen.

Die Ortsverwaltung.

Kaninchenzüchter-Verein Rüppurr.



Am Sonntag den 3. August d. J. hält der Kaninchenzüchter-Verein Rüppurr im Bahnhofhotel (Festhalle) Rüppurr seine diesjährige

Kaninchen-Ausstellung

ab, verbunden mit Gartenfest, Glückshafen, Preisregeln und Preisentscheidungen, wozu werthe Zuchtcollegen und Freunde unserer Sache ergebenst eingeladen sind.

Der Vorstand.

Touristen- u. Reise-Hüte

„Wetterfeste Loden“

in allen beliebten kleidsamen, praktischen Formen u. Mälangern.

Mk. 2²⁵ 2⁵⁰ 2⁸⁰ 3⁻ 3⁵⁰

Spezialität:

Der echte unverwüsthche

Seppel-Hut

und

Sturmhaube

Enorme Auswahl.

Hut-Mode-Haus

Zeumer

Kaiserstr. 125/127.

Städt. Handelsschule Karlsruhe

Gartenstraße 22.

Abteilung: Handelsjahresschule.

Vorbereitungsschule für den kaufmännischen Beruf für Knaben und Mädchen

mit Ganztagsunterricht, wöchentlich 33 Stunden.

Beginn einer neuen Jahresklasse: Anfang September d. J.

Die Unterrichtsfächer sind: Deutsch, kaufmännischer Briefwechsel mit Kontorarbeiten, Handels- und Bürgerkunde, Buchführung, Wirtschaftsgeographie und Warenkunde, Fremdsprachen (Französisch oder Englisch), eine Fremdsprache ist Pflichtfach, Schönschreiben, Stenographie und Maschinenschreiben.

Schulgeld für den ganzen Jahreskurs Mk. 72.-.

Der erfolgreiche Besuch der Handelsjahresschule entbindet vom Besuche der dreijährigen obligatorischen Handelsschule. Die in der Handelsjahresschule vorgebildeten Lehrlinge und Lehrlinginnen besuchen die Pflichthandelschule nur noch in zwei Jahreskursen mit drei Wochenstunden. Im Sommerhalbjahr ist dieser Fortbildungsunterricht auf 2 Vormittage von 7-1/2 Uhr und im Winterhalbjahr auf 2 Vormittage von 1/2-9 Uhr gelegt.

Ausführlicher Prospekt wird auf Verlangen frei zugestellt. Anfragen sind zu richten an den Vorstand der Städt. Handelsschule. Anmeldungen werden vom 1. bis 23. August und 6. bis 11. September in den üblichen Bürozeiten entgegengenommen.

Karlsruhe, im August 1913.

2. Stemmer. Ref. Kor.

3 Reste-Verkaufstage!

Sämtliche während dieser Saison angesammelten Reste, Abschnitte und zurückgesetzte Stückware in Seiden-, Woll- und Waschstoffen werden

zu ganz aussergewöhnlich billigen Preisen zum Verkauf gestellt.

Wasch=Stoff=Reste und Coupons

Serie I Baumwoll-mousselines und Leinen imitiert Meter 23	Serie II Zefir mit Borde und Wasch-mousselines Meter 35	Serie III farbige Wasch-stoffe in ver-schied. Qual. Meter 48	Serie IV uni Crepon Mousselines Zefirs iMeter 65
---	---	--	--

Woll-Mousselines u. VoileS- Reste und Coupons.

Serie I Mtr. 65	Serie II Mtr. 95	Serie III Mtr. 115
---------------------------	----------------------------	------------------------------

Kleider-Stoff-Reste u. Coupons.

Teils uni und gemustert, ca. 90-180 cm breit.

Serie I Mtr. 80	Serie II Mtr. 165	Serie III Mtr. 225
---------------------------	-----------------------------	------------------------------

Stickerei-Roben

teils Voile oder Batist

12.50	9.75	7.90
--------------	-------------	-------------

Stickerei-Stoffe

teils gestreift oder gestickt

2.75	2.35	1.95
-------------	-------------	-------------

Seiden=Stoff=Coupons

Serie I uni Bordeaux, Rips u. Taft Meter 95	Serie II Messalines mit hübsch gemust. Dessins Meter 1.45	Serie III Foulardines, Pailletes, uni und gemustert Meter 1.75	Serie IV schwere Blusen-Seide Meter 2.25
---	---	--	--

Sportflanelle für Blusen und Hemden **75, 65, 38**

Hugo **Landauer**

Mode- und Aussteuerhaus
Kaiserstr. Ecke Lammstr.

Komoll
das allgemein beliebte, gesunde Apfelgetränk
Erzeugnis der
Brauerei Höpfner.

Cigarettenarbeiter,
oder Arbeiterin nur für Kärtelarbeit; solche, die neben Goldtipp auch mit Papiermündstück arbeiten können bevorzugt, für dauernde Beschäftigung p. sofort gesucht. 2489

Bernhard Rosenfeld
Freiburg i. Br.

Verkaufe und Kaufe fortwährend neue und getragene Herrenkleider, Schuhe, Stiefel, blaue Arbeitsanzüge, gebr. Uhren, Waffen, Gold und Silber, Brillanten, Zahngebisse, Pfandschätze, Möbel, Meißeloffer. 196

Wäsche zum Bügeln wird angenommen: Arbeiter! Agitiert für den Volksfreund. 2488

Wäsche zum Bügeln wird angenommen: Arbeiter! Agitiert für den Volksfreund. 2488

Erstes größtes An- u. Verkaufsgeschäft **Levy** Markgrafenstr. 22. Tel. 2015.